

Ziel 2020:

HERNE WIRD GRÜN

**Für die soziale und ökologische Erneuerung
unserer Stadt**

Kommunalwahlprogramm 2014 - 2020

MEHR GRÜN FÜR HERNE.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

KREISVERBAND HERNE



UNSER TEAM FÜR DEN RAT DER STADT



Vertrauen
in die **Zukunft** -
Grüne Energie für Herne

VON LINKS NACH RECHTS, LISTENPLATZ IN KLAMMERN:

Susanne Marek (5), Raoul Roßbach (6), Tina Jelveh (3), Thomas Reinke (2), Dorothea Schulte (1), Nicolas Dombeck (8), Sabine von der Beck (7); es fehlt Pascal Krüger (4)

VORWORT

HERNE - LEBENSWERTE STADT FÜR ALLE

Ob jung oder alt, ob aus der Ursprungsgesellschaft oder zugewandert, ob mit oder ohne Behinderung unsere Stadt soll eine lebenswerte Stadt für alle sein.

Mit diesem Wahlprogramm setzen wir GRÜNE in Herne unsere politischen Schwerpunkte für die nächste Legislaturperiode und darüber hinaus.

Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen:

Die Lebensqualität unserer Stadt soll auch in Zeiten großer finanzieller Probleme gesichert und ausgebaut werden.

- Der soziale Zusammenhang funktioniert, braucht aber weitere Unterstützung durch die Politik.
- Die demografische Entwicklung (Herne wird älter) ist eine riesige Aufgabe, aber auch eine Chance zum Wandel.
- Familien finden in Herne gute Betreuungs-, Bildungs- und Beratungsangebote, die es weiter auszubauen und zu verbessern gilt.
- Herne liegt mitten im Ruhrgebiet mit guter Anbindung in alle Richtungen, dies ist für die wirtschaftliche Entwicklung ein großes Plus.
- Der industrielle Wandel in der Region hat Grünflächen geschaffen, die bewahrt und vernetzt werden müssen.
- Zugleich hat der Strukturwandel zum Abbau vieler Arbeitsplätze geführt, neue wirtschaftliche Perspektiven sind notwendig.
- In Herne wohnen viele Menschen mit Zuwanderungshintergrund. Dieses Potential gilt es zu nutzen.

Trotz aller anstehenden Aufgaben: Wir leben gerne in Herne! Wir freuen uns darauf mit Mut und Tatkraft die Zukunft unserer Stadt mitzugestalten!

Lebensqualität entsteht vor Ort in den Quartieren

Quartiere sind der Ort, wo Menschen ihre sozialen Wurzeln haben. Hier leben wir zusammen, in Familien, Nachbarschaften, Vereinen etc. Quartiere geben Sicherheit. Wir möchten Quartiere, die für alle gute Bedingungen bieten und in denen unterschiedliche Menschen gerne zusammen leben. Wir möchten, dass Menschen dort alt werden können, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben, zuhause in ihrem Quartier. Deshalb brauchen wir keine großen Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen, sondern barrierefreien Wohnraum, kleine Pflegeeinheiten und Betreuungsangebote.

Ebenso gilt es die Quartiere so zu gestalten, dass sie gute Bedingungen für Familien und Kinder bieten. Dies braucht Spielplätze, Betreuungsmöglichkeiten und Familienzentren, die fußläufig erreichbar sind. Gerade für junge Familien und ältere Menschen ist die Nahversorgung vor Ort wichtig. Diese möchten wir verbessern und zum Beispiel mobile Verkaufsangebote und Sozialkaufhäuser initiieren und unterstützen.

Zu einem lebenswerten Quartier gehört Grün. Wir möchten Grünflächen erhalten und aufwerten. Umwelt- und Klimaschutz beginnen vor Ort.

Eine weitere Aufgabe ist es, die Quartiere durch gute Verkehrsanbindung zu vernetzen - attraktive Fahrradwege, Busse und Bahnen gewährleisten Mobilität zum Arbeitsplatz, den Innenstädten und Kultureinrichtungen in unserer Stadt und darüber hinaus.

Hernes Chancen nutzen

Wir möchten allen Menschen in Herne beste Bildungschancen geben, von der KiTa bis zur Weiterbildung in den Volkshochschulen. Wenn es um die Ansiedlung von Arbeitsplätzen geht, müssen wir über das Quartier, aber auch die Stadtgrenzen hinaus denken. Im Ruhrgebiet leben viele Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen und Talenten. Wir müssen bei der Wirtschaftsförderung stärker als Region zusammenarbeiten und so das riesige Potential des Ruhrgebietes nutzen. Das Kirchturmdenken der vergangenen Jahre muss ein Ende finden.

Zugewanderte bieten ein großes Potential für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt! Die Ressourcen älterer Menschen gilt es zu heben. Ehrenamtliches Engagement oder Senior-Patenschaften müssen unterstützt und begleitet werden.

Herne – mit einer modernen, transparenten Verwaltung

Wir möchten Herne moderner machen. Dies bedeutet für uns, dass wir gemeinsam an einer Stadtgesellschaft arbeiten, die allen Bürgerinnen und Bürgern Raum zur Entfaltung und Perspektiven bietet.

Zu einer modernen Stadt gehört, dass „Die Hälfte der Macht den Frauen“ auch für Spitzenpositionen in der Verwaltung gilt. Eine moderne Stadt lebt vom Engagement und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen dafür eintreten, dass Bürgerinnen und Bürger auch jenseits der Kommunalwahl beteiligt werden und mitentscheiden können. Auch möchten wir weiterhin Bürgerinnen und Bürger unterstützen, die für mehr Grün, saubere Luft und weniger Lärm kämpfen.

Bürgerinnen und Bürger müssen verstärkt in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Außerdem werden wir weiterhin auf Transparenz im Verwaltungshandeln achten.

Wir möchten unsere Inhalte und Ideen umsetzen

Bei uns GRÜNEN stehen die Inhalte im Vordergrund. Was wir GRÜNE in Herne ganz konkret erreichen möchten, erfahren Sie auf den folgenden Seiten. Damit unsere Ideen für die Stadt Wirklichkeit werden, brauchen wir Ihre Unterstützung! Je mehr Gewicht wir GRÜNE im Rat und in den Bezirksvertretungen bekommen, desto konsequenter lassen sich unsere Forderungen umsetzen.

Wir GRÜNE haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass wir bereit sind, uns für Themen einzusetzen und für unsere Überzeugungen zu streiten. Dabei sind wir jedoch auch kompromissfähig, um Mehrheiten mit anderen demokratischen Parteien zu finden.

**Liebe Wählerin, lieber Wähler,
wir möchten Herne verändern. Wir möchten unsere Stadt lebenswerter, nachhaltiger und moderner – wir möchten unsere Stadt GRÜNER machen. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung und Ihre Stimme am 25. Mai.**

INHALTSVERZEICHNIS

INHALT

1.1. QUARTIERE FÜR ALLE GENERATIONEN	8
1.2. SOZIALE INFRASTRUKTUR – VERANTWORTUNG FÜR EIN STARKES NETZ.....	10
1.3. INTEGRATION – HERNE IST MULTIKULTURELL	11
1.4. FLÜCHTLINGE – MENSCHEN SCHUTZ BIETEN	12
1.5. MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN – BARRIEREN ÜBERWINDEN.....	13
1.6. FRAUEN– DIE HÄLFTE DER MACHT	14
1.7. SEXUELLE VIELFALT WERTSCHÄTZEN – DISKRIMINIERUNG STOPPEN.....	16
1.8. GESUNDHEIT UND PFLEGE – BEDARFSGERECHTE VERSORGUNG.....	18
2. UMWELT UND SAUBERE ENERGIE	20
2.1. DIE GRÜNE STADT VON MORGEN- LEBENSWERT, NATÜRLICH UND GESUND! ...	20
2.2. GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN- STADT IM KLIMAWANDEL.....	22
2.3. SONNE UND WIND- FÜR NACHHALTIGE ENERGIE!	24
2.4. EINFACH SAUBER: MÜLLENTSORGUNG VON MORGEN!	26
3. CHANCEN ERGREIFEN – NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN	27
3.1. HAUSHALTSSITUATION - HERNE BRAUCHT HILFE VON BUND UND LAND	27
3.2. STÄDTISCHE GESELLSCHAFTEN IN HERNE – FÜR DIE ZUKUNFT STÄRKEN	30
3.3. WIRTSCHAFT UND ARBEITSMARKT – NEUE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN	34
3.4. SOZIALER ARBEITSMARKT – BRÜCKEN ZU NEUER BESCHÄFTIGUNG BAUEN	36
4. ZUKUNFTSPOLITIK – BILDUNG UND TEILHABE	38

4.1. KINDER, JUGEND UND FAMILIE – GUTES AUFWACHSEN IN HERNE	38
4.2. JUGENDPOLITIK IST ZUKUNFTSPOLITIK	39
4.3. BILDUNG – ERSTKLASSIGE CHANCEN FÜR ALLE KINDER	41
4.4. WEITERBILDUNG – LEBENSLANGES LERNEN	42
4.5. KULTUR - RAUM FÜR KREATIVITÄT	43
4.6. SPORT UND FREIZEIT - GRÜN BEWEGT HERNE	45
5. STADT- UND BEZIRKSENTWICKLUNG	46
5.1. DEMOGRAPHIE – WIR WERDEN ÄLTER, WENIGER, BUNTER	46
5.2. WOHNEN – GUT UND BEZAHLBAR	48
5.3. VERKEHR – FÜR BESSERE VERBINDUNGEN.....	50
5.4. HERNE MITTE.....	53
5.5. WANNE.....	55
5.6. EICKEL.....	58
5.7. SODINGEN.....	59
6. DEMOKRATIE STÄRKEN, VERWALTUNG MODERNISIEREN, ÜBER GRENZEN DENKEN.....	61
6.1. MEHR MITBESTIMMUNG - DEMOKRATIE BEGINNT VOR ORT	61
6.2. VERWALTUNG UND PERSONAL – HERNE MODERN VERWALTEN	62
6.3. GEMEINSAM STARK - HERNE ALS TEIL EINES VIELFÄLTIGEN RUHRGEBIETES ...	64
6.4. INTERNATIONALES UND STÄDTEPARTNERSCHAFTEN – HERNE WELTWEIT	65

1. VIELFALT UND ZUSAMMENHALT

Wir GRÜNE in Herne setzen uns für eine bunte und vielfältige, für eine inklusive Stadtgesellschaft ein. Dies bedeutet nicht nur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Schulen und dem öffentlichem Raum. Wir wollen eine Stadtgesellschaft in der alle dazugehören, unabhängig von ihrer Herkunft – seien es die soziale Herkunft oder Zuwanderung – ihrer sexuellen Identität, ihres Geschlechts oder ihres Alters. Unsere Stadt muss ein lebenswerter Raum für alle Menschen sein. Diese Vielfalt ist eine Stärke unserer Stadt.

Die Verwirklichung einer Stadt für alle, also einer inklusiven Stadtgesellschaft, ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Vielfältige Menschen haben vielfältige Bedürfnisse, auf die wir Antworten geben möchten.

1.1. QUARTIERE FÜR ALLE GENERATIONEN

Ein Quartier muss für alle dort lebenden Menschen lebenswert sein. Wir wollen Quartiere, die für alle attraktive Möglichkeiten und Lebensqualität bieten. Wir wollen barrierefreie Wohnungen für Jung und Alt, für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Staat und Gesellschaft stehen vor der Herausforderung, den Menschen eine Versorgungssicherheit dort zu gewähren, wo sie leben und wohnen möchten. Die weit überwiegende Zahl aller Menschen will ihr Leben bis ins hohe Alter in der vertrauten Umgebung und im Wohnquartier verbringen. Seit vielen Jahren diskutieren wir Grüne darüber hinaus grundlegende Alternativen zu den traditionellen Versorgungsstrukturen in der Pflege. Ein wesentliches Anliegen ist es dabei, ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben sowie im Bedarfsfall eine gesicherte Pflege und Unterstützung im Wohnquartier als selbst gewähltem Lebensmittelpunkt zu ermöglichen.

Ebenso gilt es die Quartiere so zu gestalten, dass sie gute Bedingungen für Familien und Kinder bieten. Dies braucht Spielplätze, Betreuungsmöglichkeiten und Familienzentren, die fußläufig erreichbar sind. Gerade für junge Familien und ältere Menschen ist die Nahversorgung vor Ort wichtig. Diese möchten wir verbessern und zum Beispiel mobile Verkaufsangebote und Sozialkaufhäuser initiieren und unterstützen.

Zu einem lebenswerten Quartier gehört Grün. Wir möchten Grünflächen erhalten und aufwerten. Umwelt- und Klimaschutz beginnen vor Ort.

Eine weitere Aufgabe ist es, die Quartiere durch gute Verkehrsanbindung zu vernetzen - attraktive Fahrradwege, Busse und Bahnen gewährleisten Mobilität zum Arbeitsplatz, den Innenstädten und Kultureinrichtungen in unserer Stadt und darüber hinaus. Unsere Quartiere werden in den nächsten Jahren vielfältiger und bunter werden. Hierin liegt eine Chance, aber auch die Aufgabe die Quartiere so zu gestalten, dass sie für alle Menschen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse attraktiv sind.

DAHER WOLLEN WIR

- eine auf den demografischen Wandel (mehr alte Menschen) abgestimmte Stadtplanung, an der sich alle zuständigen Akteure wie Verwaltung, Politik, Wohnungs- und Pflegewirtschaft, Verbände gemeinsam beteiligen.
- Wohnungswirtschaft in der Quartiersentwicklung unterstützen.
- Infrastruktur für alle Generationen im Quartier.
- fußläufig erreichbare Familienzentren, Spielplätze und Betreuungsmöglichkeiten.
- eine Aufwertung der Wohnquartiere durch Steigerung des Grünanteils.
- die Anbindung an Bus und Bahn verbessern.
- den Ausbau der Beratungsangebote, Stadtteilbüros und Nachbarschaftszentren.
- die Förderung sozialer Vernetzung, Nachbarschaftsinitiativen.
- einen Paradigmenwechsel weg von traditionellen Groß- und Sondereinrichtungen hin zu neuen Wohn- und Pflegeformen wie Mehrgenerationenwohnen, Pflege- und Wohngruppen oder Haus- und Wohngemeinschaften.
- bedarfsgerechte Beratungsangebote, z.B. für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

1.2. SOZIALE INFRASTRUKTUR – VERANTWORTUNG FÜR EIN STARKES NETZ

Herne verfügt über ein engmaschiges Netz sozialer Hilfen, die zu einem erheblichen Teil durch freie Träger erbracht werden. Die Bewegungsspielräume für Sozialpolitik sind durch die schwierige finanzielle Situation der Kommune sowie durch die verfehlte Politik von Land und Bund auch in Herne enger geworden, während gleichzeitig die sozialen Aufgaben, die zu bewältigen sind, wachsen. Aber auch die seit Jahren unveränderte kommunale Finanzierung der sogenannten „freiwilligen Leistungen“ bedeutet eine faktische Kürzung, da bei steigenden Personal- und Sachkosten die gleichen Leistungen erbracht werden, ohne dass der kommunale Finanzierungsanteil – anders als bei kommunalen Einrichtungen – entsprechend angepasst wird.

Wir GRÜNE wollen, dass die Stadt auch dort aktiv ist, wo sie nicht durch Gesetze dazu gezwungen wird. Soziale Verantwortung setzt nicht erst bei Pflichtleistungen an - kommunale Sozialpolitik muss freiwillige Leistungen umfassen, die dazu beitragen, ein soziales Netz in der Stadt zu erhalten, von dem alle BürgerInnen profitieren. Die Stadt hat den Auftrag, sich um die Menschen zu kümmern, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und ihnen gezielte Hilfestellung zu geben. Der Stellenwert kommunaler Sozialpolitik darf nicht allein finanzwirtschaftlich, sondern muss politisch bestimmt werden.

Die soziale Infrastruktur ist ein wichtiger Baustein für die „Soziale Stadt“ Herne.

DAHER WOLLEN WIR

- einen „Aktionsplan Soziale Stadt“, in dem gemeinsam mit den freien Trägern die derzeitigen sozialen Arbeitsfelder überprüft werden und zu einem dezentralen, quartiersbezogenen sozialen Netz weiterentwickelt werden (siehe hierzu auch Sozialer Arbeitsmarkt). Bund und Länder aktualisieren gerade ihre Förderprogramme, um wieder soziale Stadtteilprojekte finanzieren zu können.
- zukünftig die Förderung der notwendigen freiwilligen Leistungen, die durch freie Träger erbracht werden, jährlich angemessen anpassen.

1.3. INTEGRATION – HERNE IST MULTIKULTURELL

Herne ist bunt und vielfältig! In unserer Stadt leben Menschen aus zahlreichen Nationen. Für viele Menschen mit Migrationsgeschichte ist Herne ihre Heimat. Der demographische Wandel zeigt, dass gerade bei Kindern und Jugendlichen der Anteil mit Zuwanderungsgeschichte steigt. Wir brauchen diese Kinder für eine zukünftige funktionierende Stadtgesellschaft.

DAHER WOLLEN WIR

- Integration durch Bildung: allen Zugewanderten die Möglichkeit geben, die deutsche Sprache zu erlernen. Kinder sollen gezielt gefördert werden.
- die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung durch einen chancengleichen Zugang von Migrantinnen und Migranten zu allen Jobs in der Stadtverwaltung, in diesem Zusammenhang ist auch die Mehrsprachigkeit als besondere Qualifikation anzuerkennen und zu fördern.
- Der Oberbürgermeister muss in die Schulen gehen und für Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung werben.
- die interkulturelle Kompetenz in der Personalentwicklung der Stadt stärken durch verpflichtende Fortbildungsangebote für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Migrantenselbstorganisationen.
- die Gewinnung von Auszubildenden, Nachwuchskräften und MitarbeiterInnen mit Migrationsgeschichte für die Stadtverwaltung, insbesondere auch im höheren Dienst.
- die Fortsetzung der Herner Integrationskonferenz.
- die Fortschreibung des Herner Integrationsberichts.
- das Kommunale Integrationszentrum stärken.
- die Förderung der regionalen Städtekooperation „Intergration.Interkommunal“.
- die Förderung von Existenzgründungsmaßnahmen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Migrantinnen und Migranten.
- Evaluation über die Herner „Migrantenwirtschaft“.
- die Lebensbedingungen der geduldeten Menschen in Herne verbessern.

1.4. FLÜCHTLINGE – MENSCHEN SCHUTZ BIETEN

Deutschland ist gegenwärtig wieder Ziel von Zuwanderung. Hier gibt es zwei treibende Kräfte:

- die Zuwanderung aus den peripheren EU-Staaten, wo die Wirtschaftskrise – verstärkt durch die auferlegten Sparprogramme – weiter hohe Arbeitslosigkeit verursacht und
- die Flucht aus den neuen und alten Krisen- und Kriegsgebieten in Nordafrika, Afrika und dem Nahen Osten.

Flüchtlinge treffen oft auf große Vorbehalte bis hin zur Ablehnung. Wir sollten aber auch bedenken: Kein Mensch verlässt ohne Not seine Heimat!

Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, sind häufig traumatisiert. Unsere Aufgabe ist, diese Menschen aufzunehmen, ihnen Schutz und Hilfe zu gewähren und ihnen eine neue Heimat zu geben. Wir wollen sie Willkommen heißen!

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte mit Flüchtlingen und Zuwandern zeigt, dass viele dieser Menschen lange Zeit oder für immer in Deutschland bleiben werden.

DAHER WOLLEN WIR

- die Unterbringung von Flüchtlingen dezentral in Wohnungen
- eine ausreichende Betreuung und Beratung durch Fachkräfte.
- frühzeitige Sprachkurse.
- den frühen Zugang zum Bildungssystem.
- die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit durch Beratung bei der Anerkennung der schulischen und beruflichen Abschlüsse des Heimatlandes sowie gezielte Weiterqualifikation unterstützen.

1.5. MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN – BARRIEREN ÜBERWINDEN

Das inklusive Gemeinwesen setzt auf Veränderungen in der Haltung der Menschen zueinander, die das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen zur Normalität werden lassen. Wir möchten erreichen, dass alle Menschen gleichermaßen am städtischen Leben teilhaben können. Dafür möchten wir vielfältige Maßnahmen ergreifen, um den unterschiedlichen Bedürfnissen aller gerecht zu werden. Bisher bestehen viele Barrieren, die Menschen mit Behinderungen an vielen Stellen die soziale und kulturelle Teilhabe erschweren. Beispielsweise ist in der Filmwelt Herne nur ein Kinosaal barrierefrei, wenn man nicht in der ersten Reihe sitzen möchte. Kein Kinosaal verfügt über eine Induktionsschleife.

Gehörlose haben abgesehen von den Führungen im LWL-Museum nicht die Möglichkeit an kulturellen Angeboten teilzunehmen, weil die Sprachbarrieren nicht überwunden werden kann. Für Menschen mit geistiger Behinderung gibt es bislang keine Museumsführungen in leichter Sprache. Um echte Chancengerechtigkeit zu erreichen möchten wir Barrieren, auch in den Köpfen, abbauen. Dabei müssen Hilfen zur Selbsthilfe im Vordergrund stehen. Wir GRÜNE möchten in der Verantwortung in Herne unseren Beitrag dazu leisten.

DAHER WOLLEN WIR

- die Erweiterung von außerschulischen Bildungsangeboten in Herne z. B. in der VHS Herne. Insbesondere für Menschen mit geistiger Behinderung, damit der Bildungsprozess mit Ende der Schulzeit nicht abgeschlossen ist.
- In Herne muss Menschen mit Behinderung der Zugang zu kulturellen Angeboten erleichtert bzw. überhaupt ermöglicht werden.
- Die Stadt Herne fördert weiterhin den Ausbau barrierefreier Wohnungen und unterstützt alternative Wohnformen für Menschen mit Behinderung.
- Aufgabe der Herner Stadtverwaltung muss es werden, die Anträge in leichter Sprache zur Verfügung stellen, damit alle Menschen die Möglichkeit haben, sich um ihre Belange zu kümmern.
- Im Zuge der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Kompetenzbereich der Stadt Herne werden die Belange von Menschen mit Behinderung besonders berücksichtigt.
- Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, wir fordern die Stelle eines Inklusionsbeauftragten, die beim Oberbürgermeister angesiedelt ist.

1.6. FRAUEN- DIE HÄLFTE DER MACHT

„Frauen nach vorn!“ ist bei uns GRÜNEN in Herne Grundwert, Querschnittsaufgabe und gelebte Realität. Bei uns Herner GRÜNEN übernehmen Frauen aktiv Verantwortung, beispielsweise als weibliche Parteidoppelspitze, Fraktionsvorsitzende, Bürgermeisterin und Dezernentin.

Für uns gilt: die Hälfte der Macht den Frauen, aber auch die Hälfte der Verantwortung für Männer. Dementsprechend ist Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern gerecht partnerschaftlich aufzuteilen. Für uns stehen Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellungspolitik im Gleichklang nebeneinander. Das heißt aber nicht, dass wir deshalb die speziellen Belange von Frauen in unserer Gesellschaft aus dem Blick verlieren.

Die Hälfte der Macht den Frauen

Immer noch erhalten Frauen im Durchschnitt weniger Lohn als Männer. Fast alle Spitzenjobs sind von Männern besetzt. Dies trifft leider insbesondere auch auf die Leitungs- und Spitzenposition in der Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen zu. Wir wollen, dass die Führungsetagen in Herne weiblicher werden.

Frauerwerbsarbeit

Wir machen uns stark, dass die Potentiale von Frauen genutzt werden. Einerseits machen sich immer mehr Frauen selbständig, andererseits werden 80% aller Minijobs, die eine eigenständige Existenzsicherung verhindern, durch Frauen besetzt. Wir wollen das Frauen und Männer sich auf gleicher Augenhöhe ohne gegenseitige Abhängigkeiten begegnen können. Dafür ist eine eigenständige Existenzsicherung die Grundvoraussetzung. Dafür wollen wir die städtische Wirtschaftsförderung geschlechtergerecht ausrichten und das Kompetenzzentrum Frau und Beruf stärken.

Mädchen und junge Frauen stark machen

Mädchenpolitik ist für uns eine zentrale Aufgabe. Wir wollen Räume und Angebote für Mädchen ausbauen und sie unterstützen, ihre Lebenswelt selbst zu gestalten. Unser Ziel ist eine gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen an allen Angeboten der Jugendhilfe und an allen gesellschaftspolitischen Aktivitäten.

Wir wollen den Mädchen helfen bei Ihrem Einstieg in das Berufsleben.

Wir wollen die Beteiligung von jungen Frauen bei der Stadtplanung und Umgestaltung

öffentlicher Räume.

Wir wollen Rückzugsräume für Mädchen an Schulen und in Jugendeinrichtungen.

Wir wollen, dass in Herne die Hälfte der Ausbildungsplätze an Mädchen vergeben werden.

Nein zur Gewalt gegen Mädchen und Frauen

Gewalt gegen Mädchen und Frauen muss verhindert werden. Wir wollen Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen. Dabei muss die Stadt Frauen und Mädchen in vielfältiger Weise unterstützen. Die Angebote wie Frauenhaus, Frauenprojekte und Frauenberatung müssen erweitert werden. Wir wollen die Finanzierung von Frauenhaus und Frauenberatungsstellen sicherstellen.

Wir wollen, dass Angebote an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch gesichert und auch an Grundschulen durch qualifiziertes Personal durchgeführt werden. Gerade wegen der hohen Dunkelziffer muss die Sensibilität für dieses Thema verstärkt werden. Selbstbehauptungskurse für Mädchen müssen gefördert werden. Wir wollen eine praxisnahe Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes.

DAHER WOLLEN WIR

- mehr Frauen in Führungspositionen bei der Stadt und den städtischen Unternehmen.
- die städtische Wirtschaftsförderung geschlechtergerecht ausrichten und das Kompetenzzentrum Frau und Beruf stärken.
- Mädchen und junge Frauen durch gezielte Fördermaßnahmen unterstützen und stark machen.
- das Angebot an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch erweitern.
- Selbstbehauptungskurse für Mädchen fördern.
- die Finanzierung von Frauenhaus und Frauenberatungsstellen sicherstellen.

1.7. SEXUELLE VIELFALT WERTSCHÄTZEN – DISKRIMINIERUNG STOPPEN

Herne ist eine bunte und vielfältige Stadt. Ob lesbisch, hetero, schwul, bi, transsexuell, transgender, intersexuell - Herne ist unser aller Zuhause. Die Vielfalt unseres Zuhauses wollen wir bewahren und schützen. Wir wollen ein Stadtklima schaffen, das allen erlaubt seine/ihre Persönlichkeit zu leben. Alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Identität, gehören selbstverständlich zu unserer Stadtgesellschaft und bereichern unsere Stadt. Der noch immer auch in Herne stattfindenden Diskriminierung wollen wir entschieden entgegenzutreten. Für uns gilt: Händchen haltende Jungen, sich küssende Frauen, Regenbogenfamilien, Transsexuelle - Sie alle gehören in unser Stadtbild und haben ein Recht auf diskriminierungsfreie und respektvolle Entfaltung.

Insbesondere in der Phase des Coming Out gilt es als Stadtgesellschaft klar zu machen, dass jeder und jede, unabhängig von der sexuellen Identität, einen Platz in unserer Stadt hat und sich ohne Diskriminierung angstfrei entfalten kann. Die meisten erleben ihr Coming Out als Jugendliche in der Schulzeit. Durch viele gute Projekte und bemerkenswertes Engagement wurde in der Vergangenheit für mehr Toleranz und Offenheit an Schulen geworben und viel erreicht. Neben allen positiven Erfahrungen sehen wir aber auch, dass noch immer Ausdrücke wie „schwule Sau“ auch auf Herner Schulhöfen gängige Schimpfwörter sind. Noch immer findet Mobbing und Diskriminierung statt. Noch immer beherrschen oft Ängste vor Diskriminierung die Gedanken von Jugendlichen vor, während und nach ihrem Coming Out.

Anders als andere Städte hat Herne bisher keine Anlaufstelle für Jugendliche während des Coming Outs. Diese Jugendliche haben besondere Bedürfnisse und benötigen neben einem offenen Klima in der Schule und der Gesellschaft gute Beratung, Verständnis und Schutzräume, in denen sie sich entfalten können.

Oft jedoch sind Eltern, aber auch Lehrerinnen und Lehrer mit dem Coming out ihrer Kinder und SchülerInnen überfordert. Hier möchten wir ansetzen und den Jugendlichen die Beratungsmöglichkeiten und den Schutzraum bieten, den sie brauchen. Wir möchten deshalb die Aufklärungsarbeit in den Schulen stärken und damit das Klima an den Schulen offener machen.

Zudem möchten wir die Lehrerinnen und Lehrer mit Informationen und Beratungsmaterial versorgen, um diese kundig zu machen, wie man ideal als Lehrer*in seine SchülerInnen während des Coming Out unterstützen kann. Zudem wollen wir prüfen, ob es möglich ist weitere Angebote gerade für queere Jugendliche in Herne zu schaffen.

DAHER WOLLEN WIR

- Hilfsangebote für queere Jugendliche schaffen.
- ein buntes/queeres Jugendzentrum nach dem Vorbild anderer Städte in NRW prüfen.
- die Aufklärungsarbeit an Schulen beginnen, beispielsweise durch Aktionstage/Projektwochen.
- Fortbildungen zur Sensibilisierung in der Stadtverwaltung.
- einen runden Tisch für Freizeitgestaltung und queere Initiativen für ein buntes Stadtleben.
- als Stadt beispielsweise durch Resolutionen Flagge zeigen gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung.
- die Thematisierung von Diskriminierung in anderen Ländern im Rahmen der Städtepartnerschaften.

1.8. GESUNDHEIT UND PFLEGE – BEDARFSGERECHTE VERSORGUNG

Im Zentrum sollten die Menschen stehen und die Qualität ihrer Versorgung, dies gilt insbesondere für Lebenswelten, wie Kita, Schule, Quartier und Pflegeheim.

Gerade die Gesundheit von Kindern ist eine zentrale Aufgabe, die uns besonders am Herzen liegt. Leider nimmt in Herne die Zahl der Familien zu, die überfordert sind und Hilfestellung benötigen. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben einen mangelnden Zugang zur Gesundheitsversorgung und leiden unter Fehl- und Mangelernährung. Der von uns GRÜNEN initiierte Begrüßungsdienst nimmt schon kurz nach der Geburt eines Kindes Kontakt zu den Eltern auf, um ihnen Beratung und Hilfe anzubieten. Darüber hinaus, unterstützen Hebammen die Familien. Zur Verbesserung der Gesundheitsstrukturen wollen wir die Familienzentren stärken. Wir wollen geschlechtsspezifische Gesundheitsfragen in der kommunalen Gesundheitskonferenz verankern.

Menschen mit ausländischen Wurzeln benötigen besondere Hilfe. Nicht nur bestehende Sprachbarrieren, sondern auch kulturelle Unterschiede erschweren den Zugang zum Gesundheitssystem. Wegweiser, die über Vorsorge und Hilfsmöglichkeiten aufklären, sowie Anlaufpunkte für Migranten in Beratungszentren wollen wir ausbauen

In Herne ist die Überalterung weiter fortgeschritten, als in anderen Städten Deutschlands. Die Tendenz ist weiter steigend. Wie auch in anderen Städten liegt der Anteil der Frauen unter den in Pflege- und Altenheimen lebenden Menschen bei 80 Prozent. Wir wollen Senioren an ihrem Wohnort stärken, das Quartier den Bedürfnissen, Versorgungs- und Pflegeansprüchen anpassen. Gut zu erreichende Dienstleistungen im Bereich Gesundheit und Pflege, Grünflächen und Freizeitaktivitäten in der nahen Umgebung, ausreichende Ruhe- und Verweilmöglichkeiten kommen allen Altersgruppen zugute. Um den gestiegenen Pflegebedarf in den nächsten Jahren zu decken, braucht es engagiertes und gut ausgebildetes Personal. Daher sind Aufwertung des Pflegeberufes und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege dringend erforderlich. Dies ist auch als beschäftigungspolitische Chance zu sehen.

DAHER WOLLEN WIR

-
- dass der Ausbau von Pflegeplätzen, und zwar ambulant vor stationär, in der Pflegebedarfsplanung berücksichtigt wird.
- den Ausbau alternativer Wohnformen (Mehrgenerationenhäuser, Senior/innen-Wohngemeinschaften z.B.), um den Wunsch der Menschen, im Alter möglichst autonom zu leben, zu berücksichtigen.
- die Quartiersbildung aktiv fördern und umsetzen.
- die Träger der stationären und ambulanten Pflege bei der Ausbildung von Fachkräften unterstützen.
- Ausbau von Gesundheitsberatungszentren für alle Menschen fördern.
- verbesserte Versorgung von zugewanderten Menschen im Alter.

2. UMWELT UND SAUBERE ENERGIE

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Damit kommende Generationen eine gesunde, lebenswerte und attraktive Umwelt vorfinden, müssen wir mit der Natur behutsam umgehen und sie bewahren und verteidigen. Bäume, Grünflächen, gesundes Wasser, Tiere und Artenvielfalt müssen geschützt werden. Lärm, Feinstaub und andere Schadstoffe müssen eingegrenzt und vermieden werden. Oft steht dies durch geschickte Lösungen in keinem Widerspruch zur Ökonomie. Das Ringen um diese Lösungen und ein konsequenter Umweltschutz sind uns Herzensanliegen für Umwelt, Natur, Mensch und Tier. Wir wollen eine starke Stimme für die Umwelt sein. Wir wollen die Stadt grüner machen und Schaden von Natur und Umwelt wenden.

2.1. DIE GRÜNE STADT VON MORGEN- LEBENSWERT, NATÜRLICH UND GESUND!

Wir wollen eine attraktive, gesunde und lebenswerte Umwelt. Wir wollen die Stadt grüner machen und Schaden von Natur und Umwelt abwenden.

Bei der Erstellung von Bebauungsplänen muss darauf geachtet werden, dass Eingriffe in Natur und Umwelt so gering wie möglich ausfallen. Durch versiegelungsarme Bebauung und die Prüfung von Alternativen kann vieles verbessert werden.

Wir wertschätzen die Natur und werden nicht zulassen, dass leichtfertig Bäume gefällt werden, um einen Parkplatz oder Baugebiete zu schaffen. Daher unterstützen wir alle Maßnahmen zum Erhalt der ökologisch wichtigen Bäume. Besonders erfolgreich ist uns GRÜNEN dies gemeinsam mit engagierten Menschen für den Wald an der Akademie Mont-Cenis gelungen, der nun zu einem Landschaftsschutzgebiet erklärt wird.

Kommt es dennoch in Ausnahmefällen zu legalen Fällungen, muss ein angemessener Ausgleich geschaffen werden. Die Verwendung der Ausgleichsmittel soll deshalb verstärkt zu Aufforstungen führen. Die überwiegende Finanzierung zur Pflege bestehender Pflanzen kommt einer Zweckentfremdung gleich.

Urban Gardening, essbare Stadt

Aus den angelsächsischen Ländern kommt eine neue Form der Stadtbegrünung und Nutzbarmachung. Auf Brachflächen oder Hausdächern betreiben Nachbarschaften oder auch zufällig und lose zusammengesetzte Gruppen Gemüse- und Obstanbau oder begrünen in Eigenregie Gebäude und Flächen.

Diese Entwicklung ist in den Städten, sehr stark z.B. New York, dem Fehlen von großen Freiflächen und damit einem organisierten Kleingartenwesen, dem sozialpolitischen Gedanken der Selbstversorgung und auch sehr stark dem ökologischen Gedanken etwa des eigenen biologischen Anbaus von Obst und Gemüse geschuldet.

In Deutschland wird dies meistens im Kleingartenverein umgesetzt oder auch auf Grabeland. Obwohl die Verhältnisse und Motivationen in den einzelnen Ländern nicht mit Deutschland vergleichbar sind, scheint sich jetzt auch in Deutschland eine solche Bewegung zu bilden.

Für die Stadtentwicklung kann dies ein guter neuer Impuls sein. Bürger*innen gestalten – auch im Kleinen - ihre Stadt selbst.

Andere Betätigungsfelder können in der Bepflanzung von Baumscheiben oder Mauerwerken liegen.

DAHHER WOLLEN WIR

- die Grünflächensicherung und Weiterentwicklung durch Entsiegelungsmaßnahmen und eine stärkere Grünvernetzung - Freiräume erhalten!
- einen stärkeren Ausgleich für Eingriffe in die Natur.
- Aufforstung
- versiegelungsarme Bebauung und Flächenrecycling durch Abriss ungenutzter Immobilien.
- Luftschneisen durch Freiflächen
- Konsequente Lärminderung (Beispiel Bochumer Str.)
- die Aufstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Lärminderungsplans (z. B.: nachts Tempo 30, Lärmschutzwände, passiver Lärmschutz, Verkehrslenkung)
- Feinstaubbekämpfung und Verbesserung der Luftqualität insbesondere durch regionale Zusammenarbeit wie bei Umweltzone Ruhr und natürliche Maßnahmen
- den Tierschutz stärken und Artenvielfalt erhalten
- die Renaturierung der Gewässer und eine gute Wasserqualität
- Pachtverträge gentechnikfrei gestalten
- umweltbewusster Einkauf in der Stadt
- ausgewählte städtische Freiflächen und Baulücken für eine temporäre oder auch dauerhafte Nutzung als Stadtgarten (Urban Gardening) zur Verfügung stellen.
- städtische Bauwerke für Begrünungen zur Verfügung stellen.

Die ökologische Stadt

Vor knapp 20 Jahren nahm die Stadt Herne am Landesprogramm „Ökologische Stadt der Zukunft“ teil. Aus dieser Teilnahme folgten allerdings keine wesentlichen Impulse für eine Neuorientierung der Stadtentwicklung. Dabei ist der ökologische Stadtbau keineswegs ein überflüssiges Luxusthema. Die Menschen erwarten ein gutes Wohnumfeld, was neben städtebaulichen Qualitäten auch die Minimierung von Belastungsfaktoren, wie Lärm oder Luftschadstoffen umfasst.

Neben diesen direkt erfahrbaren Umwelteinflüssen kommen die Auswirkungen des Klimawandels hinzu. Auch diese müssen in der Stadtplanung zukünftig berücksichtigt werden.

Stadt im Klimawandel

Beschrieben wird das Klima durch die Faktoren Lufttemperatur, Luftfeuchte, Niederschlag, Luftdruck, Wind, Bewölkung und Strahlung. Laut dem Weltklimarat IPCC ist die mittlere Temperatur seit Beginn des Industriezeitalters um 0,75 Grad gestiegen. Erwartet wird bis Ende dieses Jahrhunderts ein Anstieg um insgesamt 1,8-4 Grad, im schlimmsten Fall um 6 Grad. In Deutschland sind die mittleren Temperaturen seit 1900 um 0,9 Grad mit starken regionalen Unterschieden gestiegen.

Das kleinteilige Stadtklima wird in den Faktoren Temperatur und Wind stark von den baulichen Gegebenheiten der Stadt geprägt. Städte sind im Jahresmittel 1-2 Grad wärmer als das Umland. Versiegelungsgrad, bauliche Gestaltung und Baumaterial bestimmen hier stark den Umfang der Temperaturerhöhung. Je 10% Versiegelungsgrad steigen z.B. die mittlere Tageshöchsttemperatur um 0,3-0,4 Grad bzw. die mittlere Tagestiefsttemperatur um 0,5-0,6 Grad. In der Heizperiode kommt die Wärmeabgabe aus den Wohnungen hinzu. Die Frage des Klimawandels ist also lokal auch eine Frage des Städtebaus.

Durch die bauliche Gestaltung werden auch die Windverhältnisse stark verändert. So herrschen in Städten verstärkt Windstille und die mittleren Windgeschwindigkeiten nehmen ab, was den Luftaustausch reduziert. Eine Folge ist hier auch die Anreicherung von Luftschadstoffen wie Feinstaub oder Aerosolen.

Lärm und Luftschadstoffe sind naturgemäß stark vom Verkehr und den Wohnungssystemen verursacht. Entsprechend müssen sie dort an der Quelle vermindert werden.

Andere Maßnahmen, wie etwa die Stadtbegrünung zur Erhöhung der Filterwirkung, verkehrslenkende Maßnahmen oder bauliche Vorkehrungen müssen parallel ergriffen werden.

DAHER WOLLEN WIR

- den Grünanteil in den Wohnquartieren erhöhen.
- das Straßenbegleitgrün erhalten. Den von Stadtgrün zunehmend aus Kostengründen eingesetzten Grünabbau und Ersatz durch Rasen oder gar Steinen lehnen wir ab.
- erreichen, dass in der Bauleitplanung die Windverhältnisse geprüft und der Luftaustausch sichergestellt wird.
- regionale Grünzüge auch unter den Gesichtspunkten des Luftaustausches mit dem Umland erweitern.
- Zur Reduzierung des Verkehrslärms im Wohnquartier und Reduzierung von Schadstoffen wollen wir das Parken in zentrale Quartiersparkplätze umlenken. Die Straßenzüge sollen sukzessive umgebaut und begrünt werden.
- Tempo 30 zu Regelgeschwindigkeit in Wohngebieten machen. Temporeduzierungen sind wirksame Maßnahmen gegen Lärm, Schadstoffemissionen und erhöhen die Sicherheit im Verkehr.
- den Radverkehr endlich konsequent fördern. Neben der Anlage von Radverkehrsanlagen sind auch Quartiersabstellanlagen einzurichten.
- Bus und Bahn (ÖPNV) weiter ausbauen.

2.3. SONNE UND WIND- FÜR NACHHALTIGE ENERGIE!

Global denken – lokal handeln. Dieser Leitgedanke beschreibt unser Handeln in vielen Politikfeldern. Wir wissen, dass die großen Probleme im Kleinen anfangen und es auf jeden einzelnen ankommt, sich auf den Weg zu machen und Probleme anzupacken. Insbesondere Menschen in armen Regionen der Welt haben die Folgen unseres Lebensstils zu tragen. Während wir uns relativ gesehen gut an Veränderungen anpassen können, sind die Schäden durch die Klimaerwärmung anderorts nicht selten fatal für ganze Landstriche. Jede ökologische Änderung unseres Verhaltens hat positive Auswirkungen, hier und in der Welt. Deshalb kommt es uns auf jeden Beitrag für einen besseren Umgang mit globalen Ressourcen an, um Ausbeutung und den Raubbau an der Natur zu stoppen!

Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energien sowie eine Politik, die uns weg vom Öl und anderen endlichen Rohstoffen führen, wirken sich zudem positiv auf die Wirtschaft vor Ort aus. Jeder Euro, der beispielsweise nicht in den Import von Öl und Gas ins Ausland geht, hält die Kaufkraft in der Region. Durch die Endlichkeit fossiler Energie steigen die Preise infolge dieser Verknappung weiter und die meisten regenerativen Energien können mit konventionellen Kraftwerken konkurrieren. Durch Energieeinsparungen und Energieerzeugung in Herne findet Wertschöpfung vor Ort statt. Daher sind Investitionen in die Energiewende zugleich wichtige Zukunftsinvestitionen und die einzig nachhaltige Option!

Ebenso wichtig sind umweltfreundliche Energieträger für die Luftqualität. Kohlekraftwerke und verbrennungsbasierte Kraftfahrzeuge stoßen Schadstoffe aus, die sich unmittelbar auf die Gesundheit auswirken können. Je weniger fossile Rohstoffe verbrannt werden, desto weniger Gifte gelangen in die Umwelt. Somit ist eine grüne Energiepolitik Gesundheitsschutz! Herne hat bereits viele Schritte zu mehr Nachhaltigkeit unternommen. Dieser Weg muss konsequent weiter beschritten werden und vorhandene Potenziale sollen genutzt werden.

DAHER WOLLEN WIR

- weitreichende CO₂-Einsparungen durch die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und ergänzende Maßnahmen.
- die Sanierung von Wohngebäuden durch gezielte Förderprogramme beispielsweise der Sparkasse, damit die Energiekosten keine zweite Miete werden.
- Energieeinsparung durch die energetische Sanierung kommunaler Gebäude und den Rückbau nicht benötigter Infrastruktur.
- ein Energiemanagement und die Abschaffung von Energiefressern.
- Energieberatung und Contracting
- den Einsatz der besonders sparsamen LED-Technik für Beleuchtung und Ampelanlagen.
- einen zukunftsfähigen Fahrzeugbestand in der Stadt und ihren Unternehmen mit alternativen Antriebsarten.
- ein Zukunftskonzept erneuerbare Energien und Investitionen in rentable Anlagen für regenerative Wärme und Strom.
- den Ausbau der Solarenergienutzung.
- Windenergieanlagen im Industrie- und Gewerbegebiet „Friedrich der Große“.
- die Nutzung der Kraftwerksabwärme für Fernwärme ausbauen.
- die energetische Nutzung von Bio- und Restabfällen.
- Mini-Blockheizkraftwerke und Hausdachwindkraft nutzen.
- bei Verkauf von städtischen Baugrundstücken durch die Stadtwerke Herne verpflichtend ein Konzept zur nachhaltigen Wärmeversorgung erstellen.

2.4. EINFACH SAUBER: MÜLLENTSORGUNG VON MORGEN!

Wir wollen eine saubere Stadt, die ihren Müll umweltgerecht entsorgt, unkomplizierte Sammlung ermöglicht und kostenbewusst die Gebühren im Städtevergleich unterdurchschnittlich hält. An erster Stelle steht für uns die Müllvermeidung zur Vorbeugung von Umweltfolgen. Für den unvermeidlich anfallenden Abfall steht zunächst die Verwertung, Wiederverwendung, Recycling oder Energieproduktion. Sortierung und Sammlung des Mülls sollen so einfach wie möglich erfolgen, um den Bürgerinnen und Bürgern nicht zusätzliche Schwierigkeiten zu bereiten. Daher ist eine flächendeckende, dezentrale Versorgung mit Abfallbehältern wichtig. Anfallende riskante und umweltgefährdende Problemabfälle sollen aus unserer Sicht nicht in dicht besiedelten Gebieten entsorgt oder verarbeitet werden.

Um den wertvollen Teil des Mülls reißen sich die Wirtschaftsbetriebe, der nicht wirtschaftliche Müll muss jedoch auch entsorgt werden. Da diese Aufgabe immer den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsbetrieben zufällt, setzen wir uns dafür ein, dass auch der wertvolle Müll möglichst viel an kommunale bzw. gemeinnützige Einrichtungen geht. So werden Kosten besser gedeckt faire Arbeitsplätze vor Ort erhalten.

DAHER WOLLEN WIR

- keine Verbrennung von hochgefährlichen Abfällen in Wohngebieten und eine kritische Begleitung der Entsorgung von AKW-Müll in Herne (Sita).
- die Abschaffung des Gelben Sack-Systems und Einführung der Wertstofftonne.
- die Verstärkte Biomüllsammlung (durch Anschluss- und Benutzungszwang mit großzügigen Ausnahmen) und eine energetische Verwertung im interkommunalen Verbund.
- die Fortsetzung bzw. Weiterentwicklung von Tauschbörsen und Second-Hand zur Müllvermeidung.
- die Unterstützung der Aktion „Pfand gehört daneben“.
- die Entfernung illegaler Altkleidersammelcontainer.

3. CHANCEN ERGREIFEN – NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN

Nachhaltigkeit ist für uns nicht nur ein Wert in der Umweltpolitik. Wir möchten auch solide öffentliche Finanzen. Die Haushaltslage der Stadt ist seit Jahren schwierig. Dabei herrscht Eingigkeit, dass die Haushaltsprobleme unserer Stadt nicht ausgabenbedingt sind, sondern Herne ein Einnahmeproblem hat. Dies bedeutet, dass ein Haushaltsausgleich durch Sparmaßnahmen und andere Konsolidierungsbeiträge aus eigener Kraft nicht zu bewältigen ist. Herne ist hier auf die Hilfe von Bund und Land angewiesen, um eine erhebliche Verbesserung und Verstetigung der städtischen Einnahmen zu erreichen. Für diese Hilfen möchten wir uns einsetzen.

Die Stadt Herne sollte ihre eigenen Konsolidierungsmaßnahmen nur behutsam fortführen, da ansonsten ein starkes Absinken der Lebensqualität in Herne und damit eine Abwärtsspirale droht. Die städtischen Gesellschaften möchten wir in kommunaler Hand halten sie fit für die Zukunft machen.

Wir möchten unsere Chancen nutzen die lokale Wirtschaft zu stärken und für mehr Arbeitsplätze in unserer Stadt insbesondere in innovativen Zukunftsbranchen zu sorgen. Auch den sozialen Arbeitsmarkt möchten wir stärken und Menschen damit Brücken zu neuer Beschäftigung zu bauen.

3.1. HAUSHALTSSITUATION - HERNE BRAUCHT HILFE VON BUND UND LAND

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Haushaltslage der Stadt Herne sind seit vielen Jahren ungünstig:

- Bevölkerungsrückgang und ansteigender Altersdurchschnitt der Bevölkerung kennzeichnen seit Jahrzehnten die demografische Entwicklung.
- Herne verfügt über eine relativ schwache Wirtschaftskraft. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt in Herne nur bei etwa 2/3 des Durchschnitts in Nordrhein-Westfalen. Die „offizielle“ Arbeitslosenquote liegt mit rund 13 % im Spitzenfeld der Ruhrgebietsstätte. Mehr als 50 % der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose.

Die wirtschaftlichen Probleme spiegeln sich auch im Steueraufkommen wider. Die Gewerbesteuererinnahmen für 2013, die bei rund 33 Millionen Euro lagen, waren in etwa so hoch wie die Einnahmen im Jahre 2001.

Der Familienbericht der Stadt Herne stufte bereits im Jahre 2007 40 % der Herner Fami-

lien als arm oder armutsnah ein. 46 % dieser Familien verfügten über kein Erwerbseinkommen, sondern waren im Wesentlichen auf Sozialleistungen angewiesen. Zugleich ist der Trend zur Kommunalisierung staatlicher Pflichtaufgaben ungebrochen. Als Beispiel seien hier der Ausbau der U3-Betreuung und die politisch durchaus begrüßenswerte EU-Erweiterung mit Zuzugserleichterungen für die Bürger neuer EU-Staaten genannt. Die mit diesen politischen Projekten einhergehenden Kosten werden den Kommunen nur unzureichend ersetzt.

Haushaltsentwicklung

Die beschriebenen Ursachen und Entwicklungen haben in Herne zu einem Anwachsen der Defizite geführt. Gerade in den letzten Jahren haben sich diese Entwicklungen verschärft. Es ist allerdings auch darauf hinzuweisen, dass – gesamtstaatlich betrachtet – sich der Schuldenstand der Stadt Herne relativiert. Von der pro-Kopf-Verschuldung für jeden Herner Bürger von insgesamt rund 33.000,00 Euro entfallen auf städtische Schulden nur 4.000,00 Euro, während das Land NRW 13.000,00 Euro und der Bund 16.000,00 Euro an pro-Kopf-Verschuldung aufgehäuft haben. Übrigens sind rund 2/3 der städtischen Kredite bei öffentlichen Geldgebern aufgenommen worden, sie stellen bei diesen also „Vermögen“ dar. Die Schuldenbedienfähigkeit der Stadt Herne war stets gegeben. Noch im Jahre 2011 hatte die Stadt Herne aus Zinsen und Kapitalanlagen höhere Einnahmen, als sie für Zinszahlungen aufbringen musste.

Zwischen allen Beteiligten – politischen Parteien/Bezirksregierung/Landesebene – besteht Einigkeit darüber, dass die Haushaltsprobleme der Stadt Herne nicht ausgabenbedingt sind, sondern es in Herne ein massives Einnahmeproblem gibt. Dies bedeutet, dass ein Haushaltsausgleich durch Sparmaßnahmen und andere Konsolidierungsbeiträge aus eigener Kraft nicht zu bewältigen ist. Leider zieht hieraus niemand die notwendigen Konsequenzen. Es müsste eine erhebliche Verbesserung und Verstärkung der städtischen Einnahmen geben.

So löblich es auch ist, dass die rot-grüne Landesregierung durch den Stärkungspakt die Finanzprobleme der Ruhrgebietsstädte überhaupt ins Visier genommen hat, so ist doch festzuhalten, dass auch der Stärkungspakt die alten gedanklichen Ansätze nicht verlässt. Die Hilfen des Paktes sind als Prämie für eigenes (beabsichtigtes) Sparen und Konsolidieren konzipiert.

Die vom Stärkungspakt propagierten Ziele (Haushaltsausgleich mit Stärkungspakt-

mitteln im Jahre 2018/Haushaltsausgleich ohne Stärkungspaktmittel im Jahre 2021) erweisen sich bereits heute als praktisch nicht erreichbar.

Die mit jedem Haushalt zu beschließenden Haushaltssicherungskonzepte werden immer unrealistischer. Um die Genehmigung des Haushalts durch die Bezirksregierung zu erreichen, werden sich abzeichnende negative Entwicklungen ausgeblendet, während Hoffnungen auf finanzielle Verbesserungen aller Art dagegen „eingepreist“ und in das Sicherungskonzept aufgenommen werden.

Es besteht die große Gefahr, dass bei einem Scheitern des Stärkungspaktes, das sich bereits heute abzeichnet, die Kommunalpolitik ihre letzte Glaubwürdigkeit verspielt hat. Nach Auffassung der Grünen ist es nötig, hier zu größerer Ehrlichkeit zurückzukehren. Wir werden in Zukunft genau ausloten, ob und wie lange wir unrealistische Haushaltssicherungskonzepte noch mittragen können.

DAHHER WOLLEN WIR

- die stärkere Einbindung der Bürger/innen und einen Bürger*innenhaushalt.
- den Verkauf der RWE-Anteilen der Stadt anstreben.
- die Initiierung von Bürger*innenprojekten.
- Zukunftsinvestitionen wie Gebäudesanierung.
- die Zusammenarbeit mit Ruhrgebietsstädten und RVR stärken.
- eine Gemeinde-Finanzreform, die diesen Namen verdient. Die Finanzausstattung der Gemeinden muss stärker die häufig von den sozialen Verhältnissen geprägten Ausgabennotwendigkeiten berücksichtigen.
- ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes. Im Rahmen des angekündigten Bundesteilhabegesetzes soll der Bund sämtliche Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen tragen. Es ist zu gewährleisten, dass die hierdurch den Landschaftsverbänden entstehenden Vorteile ungeschmälert an die Kommunen weitergereicht werden.
- die strikte Wahrung des Konnexitätsprinzips bei neuen Aufgaben („Wer bestellt, bezahlt auch!“). Wir verlangen auch eine Korrektur von zahlreichen Verstößen gegen dieses Prinzip in der Vergangenheit.
- Auch für Kommunen mit angespannter Haushaltslage muss es möglich sein, notwendige Investitionen zu tätigen. Es sind auf Landesebene die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass insbesondere bei Förderprogrammen die Kommunen ihre Eigenanteile notfalls kreditfinanzieren dürfen.
- eine zeitliche Streckung des Stärkungspaktgesetzes und eine Verlängerung der da-

mit einhergehenden Landeshilfen.

- Die Stadt Herne sollte ihre eigenen Konsolidierungsmaßnahmen nur noch sehr behutsam fortführen, da ansonsten ein starkes Absinken der Lebensqualität in Herne droht.
- Insbesondere sollte aus unserer Sicht eine Effizienzsteigerung der Verwaltung im Vordergrund stehen. Die Grünen begrüßen die insoweit eingeleiteten Maßnahmen zur effizienteren Verwaltung städtischer Immobilien.
- Jegliche weitere Abgabenerhöhung werden wir nur noch bei sozialer Ausgewogenheit mittragen. Mit den Grünen wird es keine jährlichen Entgelterhöhungen bei städtischen Einrichtungen und nur sozial ausgewogene Steuererhöhungen geben.
- Wir lehnen alle Einschnitte in Bereichen ab, die für Bürgerinnen und Bürger in Herne das Leben lebenswert machen (Bäder/Bibliotheken/Kulturveranstaltungen und Kultureinrichtungen/ Cranger Kirmes/öffentlicher Nahverkehr).
- Wir wenden uns gegen Verschlechterungen der Finanzausstattungen für politische Beteiligungsprozesse.
- Wir wollen die Prüfung der Einführung von Bürger*innenkrediten, so dass Menschen in der Stadt anstatt Banken und Versicherungen profitieren.-
- Wir wollen einen Kodex und Regelungen für Transparenz, Spenden, Sponsoring und Ausschreibungen orientiert an den Empfehlungen von Transparency International

3.2. STÄDTISCHE GESELLSCHAFTEN IN HERNE – FÜR DIE ZUKUNFT STÄRKEN

Zahlreiche städtische Aufgaben werden in Herne durch Beteiligungsgesellschaften wahrgenommen. Diese sind in der Regel privatrechtlich organisiert und werden durch vom Rat der Stadt Herne entsandte Vertreter in Aufsichtsräten kontrolliert. Die städtischen Gesellschaften decken wesentliche Bereiche der sogenannten Daseinsvorsorge ab (Stadtwerke /Wasserversorgung Herne/Herner Bädergesellschaft/ Straßenbahn Herne/Castrop-Rauxel HCR/Herner Gesellschaft für Wohnungsbau/ Entsorgung Herne).

Aufgrund der Finanzknappheit der Stadt Herne ist in den letzten Jahren im Rahmen der Haushaltssicherungskonzepte eine weitere Funktion der städtischen Gesellschaften in den Vordergrund getreten. Während die städtischen Gesellschaften früher für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben im Wesentlichen im Rahmen von Steuersparmokontrollen in Anspruch genommen wurden, haben in den letzten Jahren im Rahmen der

Haushaltssicherung erhebliche Konsolidierungsbeiträge, d. h. Gewinnabführungen, insbesondere durch die Herner Sparkasse und die Stadtwerke stattgefunden.

Im zuletzt genannten Bereich zeichnen sich für die Zukunft erhebliche Probleme ab. Sowohl bei der Sparkasse als auch bei den Stadtwerken werden voraussichtlich erheblich geringere Gewinne anfallen als in der Vergangenheit, so dass finanzielle Abführungen an die Stadt Herne nicht mehr im bisherigen Ausmaß werden stattfinden können. Gewinnabführungen der Gesellschaften dürfen nicht die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Gesellschaften gefährden.

Dennoch sollte die Stadt Herne aus Sicht der Grünen ihr „Tafelsilber“ behalten und grundsätzlich Privatisierungsbestrebungen kritisch gegenüberstehen. Der Erhalt des relativ großen öffentlichen Sektors, der auch für die Gesamtstadt wirtschaftliche Bedeutung hat, ist nach Auffassung der Grünen erforderlich.

Die Auslagerung der Erledigung öffentlicher Aufgaben in private städtische Gesellschaften birgt allerdings auch eine Gefahr der Intransparenz und Entdemokratisierung. Dieser Gefahr kann nur durch mehr Öffentlichkeit entgegengewirkt werden. Der für die städtischen Gesellschaften beschlossene Corporate Governance Index ist hier ein erster Schritt. Aus Sicht der Grünen muss trotz der privatrechtlichen Form der städtischen Gesellschaften immer dann offen über alle zu entscheidenden Fragen diskutiert werden können, wenn diese von erheblicher Bedeutung für die Gesamtstadt sind.

Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sollte erprobt werden, Aufsichtsratssitzungen der städtischen Gesellschaften öffentlich oder teil-öffentlich durchzuführen.

Die einzelnen städtischen Gesellschaften sollten ihre Unternehmenspolitik in den folgenden Jahren unseres Erachtens wie folgt ausrichten:

- Stadtwerke Herne: Die Grünen begrüßen nach wie vor das Engagement im Bereich der ökologisch orientierten Energieerzeugung – auch wenn dieses mit finanziellen Risiken verbunden ist. Die Stadtwerke sollten noch stärker als bisher ökologisch erzeugte Energie vermarkten. Das Grubengaskraftwerk auf Mont-Cenis ist möglichst rasch wieder mit Grubengas zu betreiben. Wir wollen mehr Engagement durch Energietarife, die gezielt erneuerbare Energien in der Region fördern.
- Herner Bäder Gesellschaft: Anzahl und Qualität der öffentlichen Bäder in Herne sollten erhalten bleiben. Bei zu tätigen Investitionen ist stets darauf zu achten, ob ökologischen Gesichtspunkten stärker als bisher Rechnung getragen werden kann.
- HCR: Die HCR ist nach einer repräsentativen Umfrage in der Herner Bevölkerung

eine leistungsstarke Gesellschaft. Aus verkehrs-, sozial- und umweltpolitischer Sicht erbringt sie eine notwendige Leistung, indem sie ein hohes Maß an Mobilität sichert. Dies darf aus grüner Sicht nicht eingeschränkt werden. Verbesserungen sehen wir durch Integration neuer Verkehrssysteme, wie etwa das Sammellanruftaxi. Die Grünen werden weder Ausdünnungen bei Fahrplänen noch Einschränkungen im Bereich der Nachtbusse zustimmen.

- Energie- und Wasserversorgung mittleres Ruhrgebiet (ewmr): Die Kooperation der beteiligten Stadtwerke sollte fortgeführt werden. Es ist allerdings durch entsprechende gesellschaftsrechtliche Veränderungen zu gewährleisten, dass bei etwaig eintretenden Verlusten an diesen nicht beteiligte Stadtwerke nicht der Mithaftung unterliegen.
- Herner Gesellschaft für Wohnungsbau (HGW): Die Gesellschaft stellt auf dem Herner Wohnungsmarkt neben den Genossenschaften ein erhebliches Regulativ dar. Sie sollte aus Sicht der Grünen im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben. Für die Zukunft sollte ihre Unternehmenspolitik sich vor allem auch an der sich verändernden Altersstruktur der Herner Bevölkerung orientieren (Mehr-Generationen-Wohnen/altersgerechte, barrierefreie Renovierungen und Neubauten etc.).
- Gebäudemanagement Herne: Die Grünen begrüßen die Absicht, städtische Immobilien in Zukunft möglichst gemeinsam und damit effizienter zu verwalten. Der Idee, dies möglichst in engem Zusammenwirken mit der HGW zu tun, stehen die Grünen positiv gegenüber.
- Revierpark Gysenberg GmbH: Der Revierpark ist eine der beliebtesten Einrichtungen Hernes. Gleiches gilt für das Bad Lago. Beide Einrichtungen sollten nach Auffassung der Grünen uneingeschränkt erhalten bleiben. Einschränkungen im Bereich des Lago – etwa die Aufgabe des Freibadbereiches – lehnen die Grünen ab. Solche Einschränkungen würden das Bad mittelfristig insgesamt gefährden.
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG): Herne ist eine Stadt mit einem knappen Gewerbeflächenangebot. Die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung in Kooperation mit der Stadt müssen daher stärker als in anderen Städten auf die Bestandssicherung und -pflege sowie auf die zügige Aufbereitung freigezogener Gewerbeflächen konzentriert werden.

Ein bedeutsames Aufgabenfeld sehen wir noch in der Werbung um Gründer gerade aus dem universitären Bereich sowie in der Ansiedlung einer universitätsnahen Einrichtung. Herne ist die einzige Großstadt des Ruhrgebiets, die keine solche Einrichtung

hat. Aus unserer Sicht ist eine Einrichtung mit der Zielsetzung präventive Gesundheitsförderung im Alter oder demographischer Wandel für Herne geeignet.

- **Stadtmarketing Herne:** Hauptaufgabe ist die Durchführung von Stadtfesten. Diese Aufgabe wird sehr gut ausgefüllt. Eine Schwäche ist zweifellos das Marketing der Stadt selber und die Einbindung und Verknüpfung mit dem Ruhrgebietsmarketing. Wir denken, dass ein Marketing für Herne nur abgestimmt in und mit der Region sinnvoll ist. Wir werden daher jeden Ansatz der Verzahnung mit dem Marketing anderer Ruhrgebietsstädte unterstützen und können uns auch ein Aufgehen kommunaler Stadtmarketinggesellschaft in eine regionale Gesellschaft vorstellen.
- **Entsorgung Herne:** Die Versorgung mit Papiertonnen sollen verbessert werden. Gewinne aus Papiererlösen wirken entlastend auf die Gebühr. Durch eigene Altkleidercontainer und die Einführung einer kommunalen Wertstofftonne sollen möglichst weitere Erlöse erzielt werden und das Gelbe Sack-System ersetzt werden. Biomüll soll flächendeckend eingesammelt werden und im interkommunalen Verbund (EKOCity) verwertet werden, z.B. in einer Biogasanlage.
- **Herner Sparkasse:** Die Herner Sparkasse übernimmt eine wichtige Rolle bei der Finanzierung unseres Mittelstandes. Die Auszeichnung der Sparkasse als besonders kundenorientiert ist ein Beleg für das Vertrauen vieler Bürger*innen in unsere Sparkasse. Dieses Vertrauen basiert auf der seriösen Geschäftspolitik. Deshalb möchten wir insbesondere die Eigenständigkeit der Sparkasse weiter verteidigen. Wir wünschen uns, dass die Geschäftspolitik weiter in den bewährten Bahnen fortgesetzt und weiterentwickelt wird. Insbesondere in der Finanzierung von ökologischen Projekten, zum Beispiel bei der energetischen Gebäudesanierung oder der Förderung der erneuerbaren Energien, spielt die Sparkasse eine zentrale Rolle. Hier wünschen wir uns noch mehr Engagement.
- **WHE:** Die WHE ist auch nach einem jahrelangen Restrukturierungsprozess kein stabiles und gesichertes Unternehmen. Nach unserer Einschätzung ist die Gesellschaft zu klein, um sich langfristig aus eigener Kraft behaupten zu können. Vor über einem Jahr hat es ein Angebot von Duisport zur Zusammenarbeit gegeben, welches lange verschwiegen worden ist. Nach ersten Gesprächen mit Duisport sind wir der Auffassung, dass dieses Angebot ernsthaft geprüft werden sollte. Ein Einstieg von Duisport eröffnet der Gesellschaft neue Entwicklungsperspektiven und wird zur Sicherung der Gesellschaft beitragen. Wir wollen, dass eine Zusammenarbeit mit Duisport ernsthaft verhandelt wird.

3.3. WIRTSCHAFT UND ARBEITSMARKT – NEUE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Gerade die wichtige Aufgabe der Schaffung von Arbeitsplätzen durch neue Ansiedlungen kann nicht von jeder Stadt allein unterstützt und initiiert werden. Hier kommt es vielmehr auf eine ruhrgebietsweite Zusammenarbeit an, bei der jede Kommune im Rahmen ihrer Möglichkeiten Ansiedlungen eigenständig fördert oder eben auf eine regionale Wirtschaftsförderung verweist – und damit zugunsten anderer auf eine Ansiedlung verzichtet –, wenn diese Ansiedlung auf eigenem Stadtgebiet nicht optimal zu verwirklichen ist. Leider ist diese regionale Abstimmung – und hier insbesondere der notwendigerweise erforderliche Finanzausgleich – noch in den Anfängen. So wurstelt jede Kommune vor sich hin, ohne die Gesamtregion im Auge zu haben. Dies ist einer der Gründe für die wirtschaftliche Schwäche des Ruhrgebiets.

Ein anderer Grund liegt im relativ niedrigen Bildungsstand und hier besonders die vielen Schulabbrecher*innen. Firmen mit hohen Qualifikationsansprüchen finden oftmals kein geeignetes Personal.

Ein immer wichtigerer Teil der Wirtschaft ist die Migrant*innenökonomie. Angesichts der wachsenden Zahl an Menschen mit Migrationshintergrund und der neuerlichen Zuwanderung aus EU-Ländern sicher keine besondere Überraschung. Gerade Migrant*innen und besonders Neuzuwanderer sind sehr risikobereit und wagen den Schritt in Selbständigkeit. Hier gilt es besondere Beratungs- und Unterstützungsangebote für Gründer*innen zu entwickeln.

Kaufkraft wollen wir in der Region binden. Dazu ist ein bedarfsgerechtes Angebot nötig und die Förderung von Wirtschaftskreisläufen in der Region. Gehen die Leute gerne in die Innenstadt, wird weniger im Internet bestellt. Der lokale Einzelhandel muss Strategien entwickeln, die diesem Trend entgegenwirken. Unternehmensgründungen, -erweiterungen und Ansiedlungen müssen begleitet werden.

DAHER WOLLEN WIR

- ungenutzte Gewerbeflächen schnell aufbereiten und einer Neunutzung zuführen.
- die Fläche Blumenthal zusammen mit den angrenzenden Flächen des Kraftwerks Shamrock sowie des Güterbahnhofs Wanne-Eickel als Gesamtheit beplanen und für Gewerbe und einen neuen Grünzug aufbereiten.
- Gründer, gerade auch aus dem universitären Bereich, durch verbesserte Beratung und Immobilienangebote unterstützen.
- für die Ansiedlung einer universitätsnahen Einrichtung werben und diese fördern.
- Bildung auch als Voraussetzung für erfolgreiche Firmenansiedlungen verbessern.
- die Migrantenökonomie fördern.
- bezahlbares und attraktives Wohnen stärken: Wohnungsbau und Sanierung fördern, Schrottimmobilien abreißen
- die Begleitung von Gründungen, Ansiedlungen und Kooperationen von Unternehmen in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung der Metropole Ruhr voranbringen.
- die Energiewende vor Ort vorantreiben, da sie mehr Arbeitsplätze in die Region bringt und neben der Unabhängigkeit von Energieimporten auch das örtliche Handwerk mit Aufträgen wie bei der Gebäudesanierung stärkt.
- einen attraktiver Nahverkehr und besonders eine bessere Nord-Süd-Verbindung mit der Bahn entwickeln.
- ein schnelles Internet als Standortfaktor für Unternehmen und Haushalte: Stadtwerke sollen Chancen eines eigenen Geschäftsmodells ausloten.
- eine Nachnutzung für das Karstadt/Hertie-Gebäude und andere Leerstände suchen.
- Schutz vor Verschuldung und Hilfe bei Überschuldung bieten,
- ein Tourismus-Konzept, um Gästen der Kirmes, Museen, des LAGO und weiteren Angeboten einen längeren Aufenthalt bzw. ein Wiederkommen schmackhaft zu machen.
- Abholservice für Produkte lokaler Einzelhändler an z. B. Trinkhallen oder Tankstellen gegen Internetkauf unterstützen.
- die Gesundheitswirtschaft als wichtiges wirtschaftliches Standbein weiterentwickeln.
- Innovation und Gründergeist durch die Zusammenarbeit mit Universitäten fördern.

3.4. SOZIALER ARBEITSMARKT – BRÜCKEN ZU NEUER BESCHÄFTIGUNG BAUEN

Von den über 10.000 Herner Arbeitslosen sind fast 45 Prozent langzeitarbeitslos. Ein großer Teil von ihnen verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Sie haben ohne gezielte Unterstützung keine realistische Chance auf eine Integration in den sog. ersten Arbeitsmarkt. Durch den Ausbau eines geförderten sozialen Arbeitsmarkts soll diesen Menschen eine Brücke zu neuer Beschäftigung gebaut werden.

Darin liegt auch eine Chance Arbeitsmarktpolitik und soziale Infrastruktur sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Mögliche Handlungsfelder dafür sind

- stadtteilbezogene Beschäftigungsprojekte mit z.B. SpielplatzpatInnen.
- die Entwicklung von Stadtteil-Service-Centern in Bezug auf besondere Zielgruppen wie z.B. alte Menschen, Migranteneltern usw. (siehe hierzu auch Soziale Infrastruktur).
- die Unterstützung von Schulen und Kindertageseinrichtungen im Ganztagsbetrieb durch Vernetzung u.a. mit Sportvereinen, Handwerksbetrieben, Freizeit- und Kultureinrichtungen.
- die Verbesserung der ökologischen Infrastruktur.

DAHER WOLLEN WIR

- den kontinuierlichen Ausbau des “Herner Modell“ mit intelligenten Lösungen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf dem 1. und 2. Arbeitsmarkt.
- den Einfluss der Kommunalpolitik auf das Herner Jobcenter weiter stärken, denn Beschäftigungspolitik ist auch Sozialpolitik und soll vor Ort für die Menschen gestaltet werden. Es darf nicht sein, dass die Geschäftspolitik für das Herner Jobcenter von der Arbeitsagentur in Nürnberg bestimmt wird.
- alle Akteure unterstützen, die daran mitwirken, junge Menschen schulisch und beruflich zu integrieren und damit gesellschaftlicher Ausgrenzung entgegenwirken, denn Jugend braucht Bildung und Ausbildung.
- dass jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Ausbildungsplatzangebot gemacht wird. Dabei kommt auch der Stadt Herne eine besondere Bedeutung zu, in dem sie die Zahl ihrer Ausbildungsplätze ausbaut.
- Seniorenarbeit zu einem zentralen Bestandteil von Sozial- u. Arbeitsmarktpolitik machen, in dem die Betreuung und Versorgung von alten Menschen in ihren Wohnungen verbessert wird (aufsuchende Altenarbeit, Quartiersmanagement, Stadtteilservice-Center).
- bundespolitisch dafür eintreten, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine armutsfeste Grundsicherung erhalten, denn kommunale Beschäftigungsförderung kann an der Höhe der Hartz IV-Sätze nichts ändern.

4. ZUKUNFTSPOLITIK – BILDUNG UND TEILHABE

Kinder sind unsere Zukunft! Deswegen gehört den Familien unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie sollen bestmögliche Unterstützung bekommen, damit alle Kinder und Jugendliche gleiche Bildungschancen haben.

Gute Bildungsangebote von der KiTa über Ganztagschulen bis zur Familienbildung, Herne ist gut, soll aber noch besser werden!

Zur Lebensqualität unserer Stadt gehört auch ein reichhaltiges Angebot an Sport und Kultur, welches wir erhalten und weiterentwickeln möchten.

4.1. KINDER, JUGEND UND FAMILIE – GUTES AUFWACHSEN IN HERNE

Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ist für uns GRÜNE in Herne unverzichtbarer Bestandteil für eine lebenswerte und zukunftsorientierte Entwicklung unserer Stadt. Wir wollen Herne kinder- und familienfreundlicher machen.

Alle Kinder, Jugendlichen und Familien möchten wir in ihren vielfältigen Bedürfnissen unterstützen. Dazu müssen sie eine ausreichende und qualifizierte Infrastruktur vorfinden, die ihnen in allen Lebenslagen eine gute Unterstützung und Förderung gewährleisten kann. Chancengleichheit, soziale Teilhabe und Mitbestimmung müssen deshalb die Leitziele der kommunalen Maßnahmen und der Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien sein. Wir möchten allen Kindern in Herne ein unbeschwertes und gewaltfreies Aufwachsen ermöglichen. Dazu möchten wir die Familien unterstützen. Gleichzeitig möchten wir unsere kommunalen Spielräume nutzen um gegen jede Form von Gewalt gegen Kinder vorzugehen. Insbesondere müssen wir Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt und sexueller Ausnutzung schützen. Jegliche sexuellen Übergriffe auf Kinder und Jugendliche sind nicht hinnehmbar und müssen unterbunden werden.

Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ist dabei Querschnitts- und Gemeinschaftsaufgabe. Wir möchten unsere kommunalpolitischen Entscheidungen daran ausrichten, Kinder und Familien in der Vielfalt ihrer Formen zu unterstützen.

Wir Herner GRÜNE begrüßen deshalb ausdrücklich das Engagement und die Mitwirkung der freien Träger, Verbände und Initiativen. Diese sind unverzichtbar und verdienen Anerkennung und Unterstützung.

DAHER WOLLEN WIR

- die gemeinsame Entwicklung eines Leitbildes ‚generationengerechte Stadt Herne‘ mit allen gesellschaftlichen Kräften unterstützen.
- den Ausbau der Kindertagesbetreuung zu einem qualifizierten bedarfsgerechten Angebot für alle Altersgruppen von 0 – 6 Jahren.
- die nachhaltige Sicherung der vorhandenen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit.
- die Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendförderplans mit den Zukunftsaufgaben Inklusion und ‚Vielfältige Gesellschaft‘.
- die Weiterentwicklung der Familienbildungsangebote.
- den Ausbau der frühen präventiven Hilfen für Familien (z.B. Familienhebammen).
- den Aufbau von nachhaltigen Netzwerken und Kooperationsstrukturen in den Stadtteilen.
- die Verbesserung des Informationsangebotes für Kinder, Jugendliche und Familien durch eine umfassende Internetpräsenz und andere Formate wie z.B. ‚Kita-App‘ oder ‚Jugendfreizeit-App‘.

4.2. JUGENDPOLITIK IST ZUKUNFTSPOLITIK

Ziel GRÜNER Jugendpolitik ist es, gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebenslagen zu ermöglichen, unabhängig von ethnischer und sozialer Herkunft.

Wir sehen einen der Schwerpunkte grüner Kinder- und Jugendpolitik, gerade in Zeiten steigender Armut unter Kindern und Jugendlichen, in der Herstellung von Chancengleichheit und Gerechtigkeit beim Zugang zu Bildungsangeboten und Ausbildung, um ihnen eine Perspektive für gesellschaftliche Teilhabe zu bieten.

Jugendkulturen liefern Sinn, Identität und Spaß

Die Jugend hat sich in den letzten Jahren in eine für die meisten Angehörigen älterer Generationen unüberschaubare Artenvielfalt oft widersprüchlichster Kulturen ausdifferenziert. Inmitten eines zahlenmäßig nach wie vor dominanten jugendlichen Mainstreams entstanden unzählige subkulturelle Szenen und Cliques mit jeweils eigenem Outfit und eigener Musik, eigener Sprache und eigenen Ritualen.

Wir wollen Jugendlichen in der Öffentlichkeit einen Raum schaffen und ihre freie Entfaltung fördern.

Jugendarbeit ist Zukunftsarbeit

Sie ist neben der Bildung und Erziehung im Elternhaus, Kindergarten oder Schule und der beruflichen Ausbildung ein weiterer wichtiger, ergänzender Bildungsbereich in der Freizeit der Kinder und Jugendlichen. Ziel der Kinder- und Jugendarbeit ist, zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen beizutragen. Sie soll an den Interessen der jungen Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden. Junge Menschen sollen zur Selbstbestimmung befähigt und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement angeregt und hingeführt werden. Kinder- und Jugendarbeit wendet sich grundsätzlich an alle Kinder und Jugendlichen unter 27 Jahren und nicht in erster Linie an sogenannte "Problemgruppen".

Freizeitangebot

Für die gute Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist außerschulische Beschäftigung von großer Bedeutung, um Selbstständigkeit und persönliche Erfahrung zu erlangen. So bietet selbstbestimmte Freizeit auch die Möglichkeit, sich ehrenamtlich und politisch zu engagieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Herne Räume für Jugendliche schafft, in welchen sie sich frei von Zwang entfalten können.

DAHER WOLLEN WIR

- die Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Schule und öffentlicher bzw. freier Jugendhilfe.
- autonome Jugendzentren unterstützen.
- eine echte Mitbestimmung des Kinder- und Jugendparlament in Form eines Rede- und Antragsrechts im Stadtrat und allen Ausschüssen und Bezirksvertretungen.
- die Jugendarbeit in Herne fördern und Freizeitangebote für Jugendlichen schaffen.
- Bildungsangebote für Jugendliche schaffen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

4.3. BILDUNG – ERSTKLASSIGE CHANCEN FÜR ALLE KINDER

Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt hängt vor allem von den schulischen und beruflichen Qualifikationen der Herner Bürgerinnen und Bürger ab. Innovative, zukunftsorientierte Arbeitsplätze können in Herne nur entstehen, wenn wir entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte lokal zur Verfügung haben.

Bildung ist der zentrale Motor der Stadtentwicklung und sichert die Zukunft Hernes. Dabei spielt die Erhöhung der Chancengleichheit in der Bildung eine wichtige Rolle. Hier sind durch die GRÜNE Bildungsdezernentin wichtige Grundlagen und Voraussetzungen in der letzten Amtsperiode geschaffen worden. Die Startbedingungen und Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulbesuch hängen immer noch zu sehr vom sozialen Hintergrund der Familie ab. Deshalb können wir nicht weiterhin mit der Gießkanne fördern. Ungleiches muss ungleich gefördert werden. Gerade bei knappen Haushaltsmitteln ist es wichtig, dass die wenigen finanziellen Mittel auch bei den Bedürftigen ankommen. Kinder, Jugendliche und deren Familien müssen gezielt unterstützt werden.

Bildung ist das Instrument der ersten Wahl gegen Armut bzw. das erste Mittel zur Verhinderung von späterer Armut. Schulische Inklusion benötigt Zeit und ausreichende Rahmenbedingungen. Der Prozess in Herne soll so gestaltet werden, dass alle Beteiligten (Kinder, Eltern und Schulen) bestmöglich vorbereitet und gefördert werden können.

DAHER WOLLEN WIR

- die dauerhafte Sicherung der Schulsozialarbeit an den Herner Schulen,
- ein flächendeckendes Angebot der Familienbildung, das nachhaltig gesichert ist,
- den weiteren Ausbau der U3 Plätze im Kindertagesstättenbereich,
- die wichtige Rolle der Kindertageseinrichtungen für den Bildungsverlauf eines jeden Kindes stärken,
- Schulstandorte entwickeln und erhalten unter dem Motto „Kurze Beine - kurze Wege“,
- mehr echte Ganztagschulen in Herne, weil sie mehr Chancengleichheit und bessere Lernbedingungen bieten,
- den weiteren Ausbau integrierter Schulsysteme (Gesamtschule oder Sekundarschulen),

- den Bau neuer Schulgebäude fördern. Individuelle Lernförderung kann am besten in entsprechend geeigneten und ausreichenden Lernumgebungen realisiert werden.
- Die Kooperation zwischen den Herner Schulen weiter verbessern, um insbesondere den Übergang zwischen den Schulsystemen im Sinne einer verbesserten Chancengleichheit zu erleichtern.
- Bildung als Querschnitt der verschiedensten Fachbereiche (zum Beispiel Gesundheit und Jugendamt) denken und umsetzen.
- Herne als Hochschulstandort etablieren bzw. mindestens eine Zweigstelle einer Hochschule in Herne. Darüber hinaus brauchen wir verbindliche Kooperationen mit benachbarten Hochschulen.
- Kein Jugendlicher darf ohne Perspektive bleiben. Dafür brauchen wir eine verbindliche und unbürokratische Zusammenarbeit von Verwaltung, Schule, Arbeitsagentur, IHK und Wirtschaft.

4.4. WEITERBILDUNG – LEBENSLANGES LERNEN

Wir Grüne möchten lebenslanges Lernen ermöglichen und für alle Generationen neben der Schulbildung Weiterbildungsangebote bereitstellen. Gestärkt werden sollen neben der beruflichen Bildung auch Angebote der politischen, sozialen und kulturellen Bildung sowie des zweiten Bildungswegs.

Im Zentrum dieser Bemühungen stehen die Volkshochschulen. Diese möchten wir erhalten und in ihrer Arbeit unterstützen.

Weiterbildung soll dabei insbesondere auch für Bildungsbenachteiligte erreichbare Angebote machen. Für Menschen, die nicht oder nicht ausreichend lesen und schreiben oder rechnen können, wollen wir die Angebote der Grundbildung stärken.

DAHER FORDERN WIR

- Erhalt beider Standorte der Volkshochschule und Unterstützung der Weiterbildungsangebote.
- Aufbau von Familienbildungsstätten

4.5. KULTUR - RAUM FÜR KREATIVITÄT

Kreativität macht einerseits das Leben in der Stadt bunter, vielfältiger und interessanter. Andererseits nimmt insbesondere die bildende Kunst kritisch Bezug zu gesellschaftlichen Zuständen und macht hier sowohl Missstände als auch Visionen sichtbar. Wir erkennen die wichtige Bedeutung von Künstlern und Kreativen für eine vielfältige Entwicklung der Stadt an und wollen daher trotz angespannter Haushaltslage alle Möglichkeiten nutzen, Kreative und Kulturschaffende auf allen Ebenen zu fördern. Kultur gehört für uns zu den kommunalen Pflichtaufgaben und darf nicht nur den Interessen privater Fördergeber überlassen werden, obwohl in einer Kommune mit Haushaltssicherung private Finanzierungen für neue Kulturprojekte grundsätzlich zusätzlich gewonnen werden müssen. Die städtische Verwaltung sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten Kultur auch finanziell fördern. Zusätzlich sollte sie Kulturschaffende nach Kräften dabei unterstützen, angemessene Räume oder Orte für Veranstaltungen zu finden, ihnen Zugänge zur Öffentlichkeit, auch im ruhrgebietsweiten Zusammenhang oder zu Sponsoren öffnen und Mittel aus anderen Finanzierungsquellen (z.B. über Professionalisierungsseminare) erschließen.

Im Bereich Kultur zeigen sich deutlich die Erfolge GRÜNER Kommunalpolitik. So sind wesentliche Bestandteile des Grünen Wahlprogramms in der vergangenen Legislaturperiode umgesetzt worden. Das Erreichte gilt es zu sichern und auszubauen. Dabei ist zu beachten, dass sich in den letzten Jahren eine Veränderung im kulturellen Bereich ergeben hat. Statt individueller künstlerischer Aktion gibt es in viel stärkerem Maße nun kulturelles Erleben durch gemeinschaftliches Tätigwerden.

Dies hat durchaus positive Aspekte, auch in Grünem Verständnis. Es führt zu mehr sozialer Verbundenheit und zu einer Stärkung kleiner aber auch kommunaler sozialer Strukturen. Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass Kultur nicht seinen zukunftsweisenden und reflektierenden Charakter verliert und immer mehr auf die Ebene unkritischer Massenveranstaltungen oder Selbstdarstellung reduziert wird.

Kultur ist kein Luxusgut, sondern auch eine wichtige Brücke für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Wir wollen daher die Praxis, Restkontingente von Veranstaltungstickets über die Kulturloge Ruhr an Kulturinteressierte mit geringem Einkommen weiter zu vermitteln, beibehalten.

Insbesondere die Förderung der freien Kultur bleibt für uns ein zentrales Anliegen grüner Kulturpolitik. Wir begrüßen Initiativen zur Errichtung von Kreativquartieren. Hier kann einerseits ein fördernder Austausch zwischen Kreativen unterschiedlicher Sparten stattfinden, andererseits auch die Sichtbarkeit der Kreativen nach außen erhöht werden. Zusätzlich kann durch eine positivere Wahrnehmung und Belebung dieser Quartiere deren Wertigkeit erhöht und somit negativen Stadtentwicklungstendenzen entgegen gewirkt werden. Die Verortung solcher Quartiere hängt in der Regel von der Verfügbarkeit von Immobilien ab. Diese darf jedoch nicht alleiniges Kriterium für die Wahl der Standorte sein. Wir wollen, dass ansässige Kreativen, die schon lange mit ihrem Engagement das kulturelle Leben der Stadt bereichern, etwa am Standort Unser Fritz, in der Kulturbrauerei Hülsmann, stets eingeladen werden, sich bei neuen Entwicklungen im Stadtgebiet, etwa an der Hauptstraße, auch mit konkreten Projekten zu beteiligen. Gerade in den Stadtteilen von Wanne-Eickel verdichten sich derzeit Kulturangebote, wie das Projekt Pottporus, das Gospelprojekt Ruhr und die Jugendkunstschule zeigen. Darin liegen große Chancen für die weitere Stadtentwicklung. Deshalb sollten Lösungen Vorrang haben, die neben den Belangen der Kulturverwaltung, der Stadtentwicklung und der Wirtschaftsförderung auch die Interessen der bereits aktiven Kulturschaffenden in Herne berücksichtigen.

DAHER FORDERN WIR

- die Teilhabe an kulturellen Gütern und Veranstaltungen für alle Menschen zu ermöglichen. (Kultur ist ein Gemeinschaftsgut und kulturelle Bildung ist eine Voraussetzung für soziale Teilhabe an der Gesellschaft.)
- die Weiterentwicklung der erfolgreichen Anfänge zur Konstituierung des Kulturbeirates.
- die Beibehaltung des Kulturetats, insbesondere bei der Förderung freier kultureller Aktivitäten.
- die Verstetigung des Jugendkulturpreises.
- die Verstetigung der Förderung von Jugendkultur, auch unter Einbeziehung jugendlicher Migranten.
- die Weiterentwicklung der vielversprechenden Ansätze im Bereich der Kulturwirtschaft.
- die Entwicklung und Weiterentwicklung von Kreativquartieren unter Beteiligung der Kreativen.

4.6. SPORT UND FREIZEIT - GRÜN BEWEGT HERNE

Sport und Bewegung sind für die Gesundheit und das Wohlbefinden jedes Bürgers unverzichtbar und leisten einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Wir Herner GRÜNE begreifen Sport als wichtigen Standortfaktor, integralen Bestandteil der Stadtentwicklung und als kommunale Querschnittsaufgabe. Der organisierte Sport ist in Herne der größte Träger des bürgerschaftlichen Engagements und der außerschulischen Jugendarbeit. Wir wollen daher die Vereine und den Stadtsportbund auch weiterhin als verlässlicher politischer Partner unterstützen und die Vielfalt der Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in Herne erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehören neben einer ausreichenden finanziellen Ausstattung auch eine bedarfsgerechte Sportstätten-Infrastruktur und eine zukunftsfähige Sportentwicklungsplanung. Die Erhebung von zusätzlichen Nutzungsentgelten für Sportstätten halten wir nicht für sinnvoll. Dies würde den Vereinen hinsichtlich ihrer Leistung für das gesellschaftliche Leben nicht gerecht. Beim Neu- und Umbau von Sportstätten in Herne muss noch mehr als bisher auf die Aspekte der Nachhaltigkeit und des Umwelt- und Klimaschutzes geachtet werden. Dazu gehört sowohl die entsprechende energetische Sanierung seitens der Stadt, als auch ein verantwortungsbewusster Umgang mit Energie seitens der Vereine und der Sporttreibenden. Der demografische Wandel führt zu einer Veränderung im Sport- und Bewegungsverhalten. Die Herner Sportentwicklungsplanung muss daher den Bedürfnissen einer alternden, gesundheitsorientierten und inklusiven Gesellschaft Rechnung tragen. Bedarfsgerechte Sportangebote für alle, insbesondere für ältere Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen, müssen weiter ausgebaut werden. Dabei denken wir auch besonders an den vereinsungebundenen Sport. Wir wollen weitere generationsübergreifende Bewegungsräume schaffen und bestehende Sporträume und Grünflächen öffnen, damit alle Bürger der Stadt Herne die verbindende Kraft des Sports nutzen und dadurch ihre Lebensqualität steigern können.

DAHER WOLLEN WIR

- den „Pakt für den Sport“ erhalten.
- das Konzept der „sportgerechten Stadt“ weiterführen.
- dafür sorgen, dass die Sportpauschale nicht zweckentfremdet verwendet wird.
- keine zusätzlichen Nutzungsgebühren für Sportstätten.
- die außerschulische Jugendarbeit der Vereine weiter unterstützen und fördern.
- alle Sportstätten behinderten- und altengerecht weiterentwickeln.
- neue multifunktionale und frei zugängliche Bewegungsmöglichkeiten schaffen,
- Nachhaltigkeit und Umweltschutz beim Sportstätten(um-)bau stärker berücksichtigen.

5. STADT- UND BEZIRKSENTWICKLUNG

Stadtentwicklung fängt in den Quartieren an. Die nächste Umgebung macht die Lebensqualität einer Stadt aus. Dennoch muss man auch die Bezirke in den Blick nehmen. Dazu gehört die Nachnutzung von Infrastruktur, die aufgegeben wird, die Ausweitung neuer Baugebiete, aber auch zusammenhängende Grünflächen zu entwickeln, um die Quartiere miteinander zu verbinden.

Nicht zuletzt gilt es auch die Gesamtstadt zu betrachten. Dies vor allem im Hinblick auf den Verkehr. Wir möchten sowohl den Radverkehr als auch den öffentlichen Nahverkehr ausbauen. Ein weiterer Ausbau des Autoverkehrs ist wegen der steigenden Umweltbelastung nicht zielführend.

5.1. DEMOGRAPHIE – WIR WERDEN ÄLTER, WENIGER, BUNTER

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wird seit langer Zeit durch drei Trends bestimmt:

- den Anstieg des Durchschnittsalters -> wir werden älter.
- die hohe Sterbeüberhänge der alteingesessenen Bevölkerung -> wir werden weniger.
- den teilweisen Ausgleich des Bevölkerungsrückgangs durch Zuwanderung -> wir werden bunter.

Diese allgemeinen bundesweiten Trends weisen je nach Region eine verschieden starke Prägung auf. Das Ruhrgebiet zählt zu den Regionen im Westen Deutschlands, die seit Jahren besonders hohe Schrumpfungsraten der Bevölkerung aufweist. Neben den hohen Sterbeüberhängen verstärkt auch die Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen den Prozess der Schrumpfung und der Alterung. Gleichzeitig wirkt sich gerade die Abwanderung junger und gut qualifizierter Menschen stark negativ auf die Sozialstruktur aus.

Da eine schrumpfende Bevölkerung üblicherweise als Indiz für Schwäche, schlechtes Image oder gar politisches und administratives Versagen gilt, wird dies nicht objektiv und offen diskutiert. In der politischen Diskussion wird immer (noch) der Eindruck von einem vorübergehenden Phänomen geweckt, dem man einfach nur entschlossen begegnen müsse und könne. Die Heilmittel sind Werbung um junge Familien sowie billiges und möglichst viel Bauland ausweisen. Befeuert wird dieser Eindruck durch einzelne, begrenzte, aber durchaus beeindruckende Beispiele, die dann einfach verallgemeinert werden.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt jedoch eindrucksvoll, dass dies nicht möglich ist. Wir Grüne haben diese Entwicklung im Gegensatz zu anderen Parteien frühzeitig erkannt und wollen diese bewusst begleiten und moderieren. Die finanziellen und administrativen Kräfte müssen dort gebündelt eingesetzt werden, wo sie noch eine Wirkung erzielen können. So muss die Zusammenarbeit der Kommunen im Ruhrgebiet und den Umlandgemeinden vertieft werden. Wir brauchen eine abgestimmte Regionalplanung und auch ein gemeinsames Finanzsystem.

Auch die Stadt Herne hat bereits einige Entwicklungen für sich akzeptiert und Vorleistungen erbracht, welche die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt auf eine realistische Basis stellen. So hat Herne mit einigen Nachbarstädten bereits auf freiwilliger Basis einen regionalen Flächennutzungsplan erarbeitet, in dem die beteiligten Kommunen u.a. ihre Bedarfe an Gewerbe- und Wohnflächen untereinander abstimmen. Mittlerweile ist die Abstimmung der Regionalplanung für alle Gemeinden des Ruhrgebiets (Mitglieder des Regionalverbands Ruhr) verpflichtend.

Voraussagen für Herne

Das Landesamt IT.NRW untersucht regelmäßig die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Gemeinden von NRW und gibt Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung ab. Für Herne wird bis 2030 ein Bevölkerungsrückgang in Höhe von 10,9% vorhergesagt; damit wird die Einwohnerzahl auf knapp 145.000 sinken, vermutlich sogar noch deutlich niedriger liegen. Herne liegt damit deutlich schlechter als der Ruhrgebietsdurchschnitt (-7,1%). Parallel wird die Bevölkerungsgruppe der Menschen über 65 Jahren um gut 30% gegenüber heute zulegen. Diese Bevölkerungsgruppe ist auch die einzige, die nicht nur relativ, sondern auch absolut zunehmen wird.

Welche Folgerungen hat dies für die Herne?

Grundsätzlich müssen die einzelnen Felder der Stadtentwicklung auf eine stark rückläufige und ältere Bevölkerung ausgerichtet werden. Als Planungsgrundlage müssen die Prognosen von IT.NRW zugrunde gelegt werden, die einen Zeithorizont bis 2030 abdecken. Die größten Auswirkungen werden sich naturgemäß beim Wohnen und Verkehr sowie in den Bereichen Gesundheitsvorsorge und Freizeit ergeben. Ein besonderes Augenmerk muss der Integration von Zuwanderern zugeachtet werden. Dieser Trend stellt uns vor enorme Herausforderungen. Die Gestaltung des Demographischen Wandels ist für uns eine Querschnittsaufgabe, an der wir mit vielen Punkten in diesem Programm in den nächsten 6 Jahren arbeiten möchten.

5.2. WOHNEN – GUT UND BEZAHLBAR

Trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen ist der Vergangenheit die Nachfrage nach Wohnungen nicht gesunken. Grund hierfür war die steigende Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte. Gegenwärtig befinden wir uns auf dem Höhepunkt der Haushaltszahl. Bis 2030 wird die Zahl der Haushalte von ca. 83.000 auf 76.000 sinken. Dies bedeutet, dass ein erheblicher Leerstand eintreten wird. Dieser kann je nach Lage das Stadtbild stören, bei Ballung auch das Wohnquartier stark beeinträchtigen und natürlich wird er knappe Flächen blockieren.

Die Nachfrage nach neuen Wohnungen und Häusern wird weiterhin da sein, jedoch mittel- und langfristig stark rückläufig. Weiterhin wird es aufgrund des Alters der Wohnungsbestände sowohl aus Ansprüchen an moderne und altersgerechte Wohnungsquerschnitte und Qualitäten, als auch aus z.B. energetischen Anforderungen heraus die Notwendigkeit von erheblichen Modernisierungen im Bestand bzw. Ersatzbau an gleicher Stelle ergeben.

Hinsichtlich des Wohnumfeldes werden gerade von den gut verdienenden Menschen immer höhere Ansprüche gestellt. Daher kommt der Quartierssanierung und –verbesserung eine genau so große Bedeutung zu wie der Qualität der Wohnung selbst. Zusätzlich zur Aufwertung des Wohnumfeldes muss bei Ersatz- und Neubauten auf besondere städtebauliche Qualitäten geachtet werden.

Ein besonderes Augenmerk wollen wir auch auf den Denkmalschutz legen. Die Bau- und Denkmäler dokumentieren einen Teil der Stadtgeschichte und sind teilweise stadtbildprägend. Allerdings müssen wir auch immer wieder erkennen, dass Denkmäler, die hinsichtlich der Nutzung brachfallen, oft keiner neuen Nutzung zugeführt werden können. Abriss ist hier häufig die letzte Möglichkeit, um einen langsames Verfallen zu verhindern. Wir wollen dies nach Möglichkeit vermeiden; dies setzt aber voraus, dass möglichst frühzeitig Probleme aus der Nutzung erörtert werden und das Denkmal gerade hinsichtlich der stadthistorischen Bedeutung angemessen bewertet wird.

DAHER WOLLEN WIR

- Auf Bundes- und Landesebene muss es eine finanzielle Unterstützung für die Beseitigung von Leerstand durch Abriss geben. Dies kann z.B. im Rahmen von Stadterneuerungsprogrammen oder auch als Einzelförderung erfolgen. Eine Beseitigung des Leerstandes aus eigener Kraft (Stadt + Eigentümer) halten wir wegen des erkennbaren Umfangs nicht für möglich.

- Durch Abstimmung mit der örtlichen Wohnungswirtschaft und möglichst breite Einbindung von Einzeleigentümern in einzelnen Quartieren wollen wir eine abgestimmte Quartiersentwicklung initiieren.
- Durch die Wiederbelebung des „Arbeitskreises Wohnen“ mit Vertretern der Wohnungswirtschaft, der Verwaltung, Politik und Wissenschaft soll der Meinungsaustausch wieder organisiert werden.
- Die im regionalen Flächennutzungsplan (Planungshorizont 15 Jahre) jetzt ausgewiesenen Wohnbaulandreserven halten wir für ausreichend. Weitere Flächen des Innenbereichs aus brachfallender Infrastruktur, z.B. öffentliche Gebäude oder Sportanlagen, können in die Baulandreserve einbezogen werden.
- Eine Maßnahme zur Aufwertung des Wohnquartiers ist die Steigerung des Grünanteils. Dies kann durch Aufwertung von Hofflächen erfolgen oder auch durch Abriss von Häusern.
- Weitere Qualitäten in der Straßengestaltung können durch Begrenzung des Straßenrandparkens erreicht werden. Dies setzt die Anlage von Quartiersparkplätzen voraus.
- Zur Realisierung von städtebaulichen Qualitäten müssen die Möglichkeiten des Baugesetzbuches genutzt werden. Beim Bauen auf städtischen Grundstücken können Auflagen im Rahmen des Kaufvertrages aufgegeben werden.
- Die Realisierung von altersgerechten Wohnformen wollen wir aktiv unterstützen und den Schwerpunkt auf moderne Wohnformen, wie das betreute Wohnen in Wohngruppen und das Mehrgenerationen-Wohnen legen. Das traditionelle Seniorenwohnheim sollte u.E. möglichst wenig realisiert werden. Die städtische Wohnungsgesellschaft HGW wollen wir in diesem Rahmen dazu anhalten, sich dieser neuen Anforderung anzunehmen.
- Den Abriss von Denkmälern wollen wir nach Möglichkeit vermeiden; wir wissen aber, dass dies nicht immer möglich sein wird. Daher wollen wir möglichst früh Probleme aus einer Nutzungsaufgabe und denkbaren Neunutzungen erörtern und gerade die stadthistorische und städtebauliche Bedeutung frühzeitig bewerten.
- Wir wollen studentisches Wohnen fördern und gezielt Wohnungen, beispielsweise entlang der U35, für Studierende anbieten und bewerben.

5.3. VERKEHR – FÜR BESSERE VERBINDUNGEN

2009 wurden 80% der gefahrenen Personenkilometer im PKW und 71 % der Tonnenkilometer mit dem LKW zurückgelegt. Der motorisierte Verkehr ist eine der Hauptquellen für Luftschadstoffe und die Hauptquelle für den Lärm. Gerade Lärm wird heute von den Menschen als die bedeutendste Beeinträchtigung ihres Wohn- und Lebensumfeldes angesehen. Gleichzeitig ist Mobilität eine Voraussetzung für eine moderne Gesellschaft sowohl im Bereich der Arbeitswelt als auch in der Freizeit.

Um beiden Ansprüchen gerecht zu werden, muss Verkehr heute ökologischer ausgerichtet werden. Um dies zu erreichen steht eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verfügung; einige erhöhen die Freiheit der Verkehrsmittelwahl, andere greifen durchaus direkt in den Verkehr ein und üben eine lenkende Wirkung aus. Dies ist u.E. auch notwendig, um den gesamten städtischen Entwicklungszielen gerecht zu werden. Die Grünen sind nicht für die autogerechte Stadt, sondern für die mobile und ökologische Stadt. Daher wollen wir den ÖPNV und den Radverkehr stärken und so als Alternative zum Individualverkehr attraktiver machen.

In einigen Kommunen wurden ausgewählte Verkehrsräume als „Shared Space“ umgebaut. Hier wird auf die Reglementierung durch Signalanlagen, Beschilderungen und Markierungen nach Möglichkeit verzichtet. Die Verkehrsteilnehmer werden zu gegenseitiger Rücksichtnahme und Konzentration auf das Verkehrsgeschehen angehalten. Was sich utopisch anhört, führt in der Realität zu niedrigen Geschwindigkeiten und besserem Verkehrsfluss bei gleichzeitig sehr geringer – vermutlich sogar deutlich verminderter - Unfallgefährdung. Ein so gestalteter Verkehrsraum ist Grundlage für eine Aufwertung des Stadtraums. Die baulichen, finanziellen und verkehrlichen Voraussetzungen für so einen Umbau sind teils erheblich; nicht jeder Stadtraum ist für so einen Umbau geeignet.

Ein grundlegendes Problem ist der Zustand der Verkehrsinfrastruktur in Herne. Wie auch in anderen Bereichen, reichen die Haushaltsmittel nicht aus, um Straßen, Rad- und Fußwege instand zu halten. Die Stadt lebt von der Substanz, was auf Dauer nicht geht. Herne braucht dringend ein Investitionsprogramm zur Instandsetzung und Erhaltung der Infrastruktur.

Gerade im Radverkehr ist die Unfallgefahr deutlich höher als im Kfz-Verkehr. Grund hierfür sind eine mangelhafte Verkehrsinfrastruktur, die sich z.B. in verschiedenen oft

in einer Straße nebeneinander existierenden Radverkehrsführungen oder auch einem schlechten Radwegzustand darstellt, aber auch der immer noch niedrige Anteil des Radverkehrs am Verkehrsaufkommen. Radfahrer sind im Alltagsverkehr eine Randerscheinung und werden daher wenig wahrgenommen. Ein weiterer Grund liegt in der hohen innerstädtischen Regelgeschwindigkeit von 50km/h, die bei Unfällen mit Radfahrern zu größeren Personenschäden führt.

Zur Pflege und ständigen Kontrolle der Radwege haben einige Städte Radwegewarte mit Pedelecs eingesetzt. Diese führen kleine Reinigungsgeräte mit sich und melden umgehend Schäden am Radweg, wilde Müllkippen und machen Verbesserungsvorschläge für Radwege. Wir sehen hier neben der Verbesserung für den Radverkehr auch eine sinnvolle Ergänzung der Aufgaben des kommunalen Ordnungsdienstes KOD. Radfahren und Zu-Fuß-Gehen sind aber nicht nur ökologische Mobilitätsformen. Sie haben auch nachweisbare Gesundheitseffekte, wie eine Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO unlängst gezeigt hat. Besondere Herausforderungen wird die Zunahme der älteren Bevölkerung stellen. Die Stadt allgemein und der Verkehr müssen altengerechter werden.

DAHER WOLLEN WIR

beim ÖPNV

- Der Nahverkehrsplan muss regelmäßig überarbeitet und seine Empfehlungen umgesetzt werden.
- Das Park&Ride-Angebot soll ausgebaut werden.
- Auf die erkennbare Zunahme von Menschen mit Rollatoren muss durch die Innengestaltung von Bussen und Einstiegshilfen reagiert werden.
- Bus und Bahnen müssen altengerechte akustische und optische Haltestellenansagen bekommen.
- Die Fahrtakte müssen mindestens auch in den frühen Abendstunden erhöht werden, um die Nahmobilität über den Tag zu erhalten.
- Car-Sharing Angebote sollten gefördert werden. Insbesondere solche, die Elektromobilität fördern, wie das Projekt „Ruhr Auto“ müssen auch in Herne unterstützt werden.
- Die Elektromobilität sollte gefördert werden. Hier kommt dem Aufbau von Elektrotankstellen eine große Bedeutung zu.

beim Radverkehr

- Herne muss weiter in der AG „Fahrradfreundliche Städte“ bleiben. Dies setzt ein weiteres Engagement beim Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur voraus.
- Wir wollen die Errichtung von diebstahlsicheren Radabstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen, Nahverkehrsknotenpunkten und in Wohnquartieren.
- Radwege sollten i.d.R. Bestandteil des Straßenraums sein. Dies senkt die Unfallgefahr deutlich.
- Bei Straßenumbauten oder großen Sanierungen muss eine Radverkehrsanlage mitbedacht werden. Es darf keine Straßensanierung oder Umbau mehr ohne Radverkehrsanlage geben.
- Deshalb: der Umbau der Bochumer Straße nur mit Anlage einer Radverkehrsanlage!
- Der Ausbau von Tempo-30-Zonen führt zur Angleichung der Geschwindigkeiten im Verkehr und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer.
- Wir wollen die Verbesserung der Fahrradmitnahme in Bus und Bahnen.
- Das Ausleihsystem „Metropolrad Ruhr“ soll weitergeführt und ausgebaut werden. Dies erlaubt es auch als Nicht-Fahrradbesitzer*in das Rad zu nutzen oder es gezielt im Mix der Verkehrsmittel einzusetzen.
- Wichtige Radwegeverbindungen in der Stadt auch sollen für E-Bikes und Pedelecs ertüchtigt werden.
- Bei „entsorgung herne“ soll die Stelle eines/einer RadwegpatIn eingerichtet werden.
- Wir wollen die Öffnung von Einbahnstraßen für RadfahrerInnen in beide Richtungen

beim öffentlichen Verkehrsraum

- Tempo 30 soll zur Regelgeschwindigkeit in Wohngebieten werden.
- Wir wollen mehr Spielstraßen!
- Bei Straßenumbauplanungen soll geprüft werden, ob ein „Shared Space“ möglich ist.
- Umbauten im Verkehrsraum müssen auch unter dem Aspekt der Barrierefreiheit geplant werden.
- Fußgängerampelphasen müssen verlängert werden.

5.4. HERNE MITTE

Die negative Entwicklung der letzten Jahre ist gebremst, aber nicht umgekehrt worden. Mit der Neuvermietung des ehemaligen C&A-Hauses sowie der Renovierung des City-Centers gibt es einige Erfolge. Problematisch ist immer noch die Situation am Robert-Brauner-Platz mit dem Leerstand des Karstadt- sowie des alten Stadtwerkehauses. Beide Immobilien halten wir in ihrer jetzigen Form für nicht mehr oder nur sehr schwer aktivierbar. Beim denkmalgeschützten Karstadthaus ist wegen seiner den Platz stark prägenden Gestalt eine schnelle Entscheidung über eine Nachnutzung wünschenswert. Dann muss sich entscheiden, ob das Gebäude weiter erhalten werden kann. Es ergibt keinen Sinn, auf dem zentralen Platz in Herne Mitte eine Handelsimmobilie ohne Nutzungsmöglichkeit zu haben; dies wird die Stadt stärker schädigen als jede andere Maßnahme.

Für das Stadtwerkehaus sehen wir keine möglichen Nachnutzungen; die Immobilie sollte abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Durch die schwierigen Eigentümerverhältnisse und natürlich die Rechtslage ist ein direkter Zugriff der Stadt, wie er immer in der Öffentlichkeit gefordert wird, natürlich nicht möglich. Allerdings hat die Stadt einige Möglichkeiten aufgrund des Baugesetzbuches (Stichwort: Umgang mit Schrottimmobilien) sowie durch die Anstrengung eines Zwangsversteigerungsverfahrens im Fall ausbleibender Grundbesitzabgaben.

Mit dem jetzt beginnenden Stadtumbauprogramm Herne-Mitte wird die Fußgängerzone begrenzt aufgewertet; dies begrüßen wir. Mit dem Umbau der Neustraße wird in diesem Rahmen auch eine weitere Seitenstraße attraktiver gestaltet. Es bleibt allerdings immer noch die Gestaltung der anderen Seitenstraßen. Auch muss das innenstadtnahe Wohnen durch Aufwertung der Quartiere verbessert werden.

Langfristig ist der Zugang zur Innenstadt in Höhe des Rathauses zu verbessern. Die städtebauliche Qualität, wie sie sich am Westring mit der Tankstelle, den Handelsbauten auf der Westseite sowie dem Parkplatz darstellt, ist einfach eine Katastrophe. Glücklicherweise sind die Pläne des Landes zum Neubau der Polizeiwache auf dem Gelände des Parkplatzes gescheitert; dies hätte die Situation weiter verschlechtert.

Auch die gescheiterten Pläne des Landes zum Neubau eines Justizzentrums am Amtsgericht sind aus unserer Sicht nicht unbedingt von Nachteil. Der städtebauliche Entwurf hat uns nicht überzeugt. Trotzdem bleibt natürlich das Problem des Erhalts und der angemessenen Nutzung der öffentlichen Bauten sowie der Aufwertung der Wohnquartiere.

Am Rande der Innenstadt ist das früher angedachte Stadt-sanierungsgebiet Herne Zentrum-Nord mit den Kernflächen der alten Firmen Dorn und Pumpen Müller gelegen. Die Planung konnte wegen der fehlenden Finanzierung nicht umgesetzt werden. Wir halten eine Reaktivierung dieses großen Geländes für die Stadtentwicklung für mindestens so bedeutsam wie das jetzt laufende Stadtumbauprojekt Herne-Mitte. Die Verwaltung hat hier zusammen mit den Eigentümern einige neue Entwicklungsmöglichkeiten erarbeitet, die eine Mischung von Gewerbe, Wohnen und Grün vorsehen. Wir unterstützen diese Planung und werden jede Möglichkeit zur Umsetzung nutzen.

DAHER WOLLEN WIR

- Das ehemalige Stadtwerkehaus am Robert-Brauner-Platz sollte abgerissen und durch einen kleineren Neubau für Handel, Dienstleistungen und Wohnen ersetzt werden.
- Stadt und Eigentümer des Karstadthauses müssen sich über mögliche Nachnutzungen verständigen. Gelingt dies nicht, so muss als letztes Mittel auch ein Abriss und Neubau ins Auge gefasst werden.
- prüfen, ob für die Handelsbauten am Westring Alternativen gefunden werden können. Die dann frei werdenden Flächen böten sich u.a. als Quartiersparkplätze an. Damit könnte gleichzeitig der Parkplatz im Kreuzungsbereich der Bebelstraße aufgegeben und neu gestaltet werden.
- In die Umgestaltung sollten auch die völlig überdimensionierte Verkehrsfläche zwischen Westring und Bebelstraße einbezogen werden. Auch hier liegen noch erhebliche Flächenpotentiale für die Aufwertung des Rathausumfeldes.
- Das Wohnquartier sollte durch eine Lärmschutzwand gegen den Westring abgeschirmt werden.
- Die Polizeiwache sollte innerhalb des Gebäudes in den renovierten Teil (ehemaliges Finanzamt) umziehen. Damit wird die Unterbringung angemessen gelöst. Der leergezogene Trakt sollte dann renoviert werden und könnte seitens der Stadt angemietet werden. Damit wäre eine vollständige Nutzung des Gebäudes sichergestellt. Eine Anmietung der Verwaltung würde nicht der jetzt auch diskutierten Anmietung des Gebäudes der RAG entgegenstehen, da es sich beim Polizeigebäude um eine eher kleine Fläche handelt.
- Die Planung für das Stadtumbauegebiet Herne Zentrum-Nord muss weitergetrieben und die Fläche für Gewerbe, Wohnen und Grünentwicklung reaktiviert werden.

5.5. WANNE

Der Stadtteil Wanne ist durch die großen Verkehrsstrassen der A42, den Eisenbahntrassen der Köln-Mindener-Strecke und der RB 43 (Dorsten-Wanne-Eickel) sowie des Rhein-Herne-Kanals stark segmentiert. Diese Segmentierung erschwert eine zusammenhängende Stadtplanung, führt aber auch in Teilen zu Siedlungsstrukturen mit hohem sozialem Zusammenhalt, z.B. im Dannekamp. Die Kanalzone birgt gleichzeitig für Wohnen, Freizeit und Kultur ein deutliches Potential für den Wanner Norden.

Der Stadtteil Dannekamp und Teile des Südufers in Höhe der Brücke Alleestraße können als Wohnquartiere deutlich aufgewertet werden. Für den Standort der ehemaligen Grundschule Dannekamp gibt es zurzeit Vorplanungen für eine Wohnbebauung. Die Grünen sind aber auch offen für andere Nutzungen, z.B. aus dem künstlerischen Bereich zur Ergänzung des Angebotes der Künstlerzeche oder aus dem Bereich des Sports.

Deutlichen Handlungsbedarf sehen wir für die Wohnquartiere an der Emscherstraße und dem Scharpwinkelring. Einige der Wohnhäuser haben sich zu sozialen Brennpunkten entwickelt. Der Nahverkehr gerade auch im Wanner Norden kann durch die Aktivierung des Haltepunktes Unser-Fritz für den RB 43 gestärkt werden. Durch den neuen Vertrag, den der VRR zum Betrieb der Bahnlinie RB 43 geschlossen hat, ist die Strecke jetzt wieder für die nächsten Jahre gesichert. Der Wanner Norden - und hier besonders der Kreuzungsbereich Recklinghäuserstraße und Dorstenerstraße - ist weiterhin ein teilweise hoch belasteter Stadtteil. Die Lärmbelastung wird durch den in 2014 erfolgenden Bau von Lärmschutzwänden an einigen Bahntrassenabschnitten deutlich zurückgehen. Für den Straßenlärm ist zunächst keine Besserung in Sicht, da die Stadt sich – rechtswidrig – der Erarbeitung einer Lärmkartierung und eines Handlungskonzeptes zur Lärmsanierung verweigert hat.

Für den Straßenabschnitt der Recklinghäuserstraße zwischen der Autobahn und der Kreuzung Dorstener Straße liegt die Feinstaubbelastung seit Jahren kontinuierlich über den zulässigen Grenzwerten. Die vorliegenden Analysen zeigen deutlich, dass durch städtische Maßnahmen, wie z.B. Temporeduzierungen und verkehrslenkende Maßnahmen, die Belastung geringfügig gesenkt, die dauerhafte Einhaltung der Grenzwerte aber nicht erreicht werden kann. Grund hierfür ist die besondere Topographie mit Bebauung, die praktisch eine Schlucht bildet. Aus unserer Sicht gibt es nur zwei teure und radikale Lösungen: der Abriss der Wohnhäuser und Errichtung einer hohen Lärmschutzwand oder eine Tunnellösung für das Straßenstück.

Innenstadtentwicklung Wanne

Durch das gerade beendete Stadtumbauprogramm ist der Stadtteil Wanne und insbesondere die Fußgängerzone als Einzelhandelszone gestärkt worden. Hier ist vieles erreicht worden; gleichwohl bleibt noch vieles zu tun. So ist weiterhin bedenklich, dass der Einzelhandel im nördlichen Bereich der Fußgängerzone offenbar nicht stabilisiert werden kann. Der Vorschlag der Verwaltung und von Teilen der Politik, durch eine Öffnung der Fußgängerzone für den Verkehr zu einer Verbesserung zu gelangen, ist offenkundig ein Misserfolg. U.E. hat dies sogar zu einer Entwertung dieses Teils der Fußgängerzone geführt. Bei allen weiteren Planungen sollte in jedem Fall dieser Teil der Hauptstraße als Fußgängerzone erhalten bleiben.

Wir sehen begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten durch einen Umbau zur Spielzone und Erhöhung der Aufenthaltsqualität. Die leeren Ladenlokale könnten als temporäre Ateliers genutzt werden; dies setzt natürlich die Mitwirkung der Eigentümer voraus. Initiativen für eine solche Entwicklung erwarten wir durch das neu geschaffene Kreativquartier im alten Karstadthaus.

Mit der Neugestaltung des Glückaufplatzes ist eine alte Forderung von uns GRÜNEN realisiert. Gerade auch durch unseren Widerstand gegen eine Betonierung und Bebauung des Postparks ist die Ansiedelung von Kaufland am Glückaufplatz möglich geworden. Wir sehen darin die Chance, den Einzelhandel im südlichen und mittleren Teil der Fußgängerzone zu stärken. Gleichzeitig wird mit dem Abriss des Parkhauses eine große Bausünde der alten Stadt Wanne-Eickel beseitigt und das Eingangstor zur Innenstadt neu gestaltet. Zur weiteren Stärkung der Wanner Innenstadt muss eine Erweiterung des Einzelhandels an der Berliner Straße / Heidstraße unterbunden werden. Die übermäßige Verteilung von Einkaufsflächen am Rande der Innenstadt hat diese erkennbar geschwächt.

Problematisch ist weiterhin die Immobilie WEZ mit Parkhaus. Sofern die Verwaltung am Standort der RAG in Herne Mitte konzentriert werden sollte, wird das WEZ als Verwaltungsstandort aufgegeben werden; eine Nachnutzung ist eher unwahrscheinlich. Wir halten daher einen Abriss und Ersatzbau für sinnvoll.

Trotz vieler Widrigkeiten des Einzelhandels sticht die Fußgängerzone Wanne durch die Hausfassaden und die Grundzügen der Anlage zumindest optisch positiv hervor. Hier gilt es anzuknüpfen und die bestehenden Stärken auszubauen. U.E. kommt der weiteren Aufwertung als Wohnquartier mit hoher Aufenthaltsqualität eine hohe Bedeutung zu. Im Einzelhandel setzen wir langfristig auf einen Wandel und Initiativen von Migranten.

Der Umbau des Buschmannshofes und die Umgestaltung des Postparks hat die städtebauliche Situation sehr verbessert. Allerdings sollte der Platz nachträglich stärker begrünt werden. Die jetzige Anlage als planer Veranstaltungsplatz ist nicht gelungen, zeigt wenig Aufenthaltsqualität und ist für die Ansiedlung und Stärkung von gastronomischen Betrieben geeignet.

DAHER FORDERN WIR

- Die Fußgängerzone im nördlichen Teil muss dauerhaft erhalten bleiben.
- Dieser Teil sollte durch Spielgeräte und Grünanpflanzung als Spielzone mit Aufenthaltsqualität aufgewertet werden.
- Ladenleerstände sollten als temporäre Ateliers und Vereinsgeschäftsstellen genutzt werden.
- Der Buschmannshof sollte stärker begrünt werden, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern.
- die Wiedereröffnung der RB-Haltestelle Unser Fritz
- Die Hochhäuser an der Emscherstraße und am Scharpwinkelring sollten langfristig rückgebaut oder abgerissen werden. Zwischenzeitlich muss die Stadt Einfluss auf die Vermietungssituation nehmen, z.B. indem sie keine eigene Wohnraumbelastung betreibt.

5.6. EICKEL

Der Stadtteil hat sich insgesamt als gehobenes Wohnquartier etabliert. Gleichzeitig hat sich der Handel sowohl im Ortsteil Eickel, als auch in Röhlinghausen stabilisiert. Neuplanungen im Bereich der Hauptstraße in Eickel (Am ehemaligen Kaisersaal) und auf dem Gelände des alten Finanzamtes in Röhlinghausen stärken diese Entwicklung. Wir möchten diese Entwicklungen weiterführen und ausbauen. Um die Lebensqualität vor Ort weiter zu steigern gilt es auch die Naherholung zu verbessern.

Am Rande von Eickel-Kern sind die Grünflächen des Lohofer Feldes und des Knappschen Geländes gelegen. Diese Flächen gilt es zu erhalten und in ihrer Naherholungsqualität zu verbessern.

Ein wesentliches Grünprojekt ist die Erweiterung des Grünzugs D (Landschaftspark Pluto) um das ehemalige Kohlstadt-Gelände. Durch das ungeschickte Handeln der Stadt ist die Erweiterung des Landschaftsparks ins Stocken geraten. Wir möchten erreichen, dass die angedachte Planung nun zügig umgesetzt wird.

Zur Naherholung gehört auch der Streichelzoo, den wir erhalten möchten. Dieser hat für die Bürger*innen eine große Bedeutung.

Mit dem Neubau des Wananas und der Errichtung der neuen Klinik auf dem Schweinemarkt werden die Immobilien Hallenbad Eickel und Solbad frei. Beide Lagen sind für den Wohnungsbau geeignet. Die Grünanlage des Solbades sollte weitgehend als Quartiersgrün erhalten bleiben.

DAHER WOLLEN WIR:

- die Pläne zum Abriss des Finanzamtes in Röhlinghausen und die Neubebauung unterstützen.
- die Ansiedlung von Einzelhandel auf dem Gelände am ehemaligen Kaisersaals in Eickel unterstützen,
- den Streichelzoo unter Berücksichtigung der artgerechten Tierhaltung erhalten und in kleinen Schritten sanieren.
- die Grünflächen Lohofer Feld und Knappsche Gelände in ihrer Qualität für die Naherholung weiter aufwerten.
- den Landschaftspark Pluto zügig vollenden.
- die Wohnbauprojekte ehemaliges Media-Tec und Stadtarchiv in Eickel-Kern unterstützen.
- das Parkraumkonzept für Eickel-Kern fortentwickeln und umsetzen.

5.7. SODINGEN

Sodingen ist der grünste Stadtteil in Herne. Wir wollen dieses Grün erhalten und an den bedeutendsten Stellen weiterentwickeln. So wurde von uns die Forderung des Landschaftsbeirates auf Einbeziehung des Geländes der Halde Voßnacken ins Naturschutzgebiet Voßnacken aufgegriffen und auch von anderen Parteien unterstützt.

Mit unserer Forderung zur Aufstellung eines Grünflächenkatasters mit Entwicklungszielen haben wir eine wichtige Planungsgrundlage initiiert. Ein erstes Ergebnis ist die Vorlage einer Grünplanung für das Kerngebiet des Landschaftsplans im Bereich der Akademie Mont-Cenis. Hier soll eine attraktive und abwechslungsreiche Grünlandschaft entstehen. Aus unserer Sicht müssen auch Flächen aus den Baugebieten an der Castroper Straße (ehem. Gärtnerei) und An der Linde dem neuen Grünzug zugeschlagen werden.

Die Pläne, das Wäldchen an der Akademie zugunsten von Parkplätzen abzuholzen, sind von uns GRÜNEN gemeinsam mit den Anwohner*innen gestoppt worden. Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt des Grüns einsetzen. Die Parkplatzsituation an der Akademie kann durch einfache und zumutbare Bewirtschaftungsmaßnahmen bewältigt werden, zumal jetzt mit der Schließung des Marienhospitals auch eine Entspannung der Parkplatzsituation zu erwarten ist.

Das Gebiet des Fischergrabens in Elpeshof sollte - wie schon im STÖB (stadtökologischer Beitrag) gefordert – zur Grünanlage mit Radweg aufgewertet werden. Davon würde auch dieser Stadtteil, der eine Unterversorgung mit Grün aufweist, profitieren. Diese Grünanlage hat Vernetzungspotential sowohl in Richtung Industriegebiet Friedrich der Große als auch Innenstadt. Gleiches gilt für den Radweg, der über die Brücken Richtung Werderstraße und dann Innenstadt fortgeführt werden kann. Hier gilt es, diese Möglichkeiten für einen städtischen Grünzug und Radweg auch zu nutzen.

Im Kern von Sodingen wird mit der Schließung des Marienhospitals eine große Immobilie freigezogen. Hier muss schnellstens mit den Eigentümern eine Nachnutzung gefunden werden. Vorbild muss hier die Planung für Haus Wissmann sein. Hier ist von der HGW schnell reagiert und eine vernünftige Neubauplanung entwickelt worden.

Die geplanten Bebauungen an der Castroper Straße und An der Linde halten wir in der Gesamtheit für zu umfangreich und das benachbarte Landschaftsplangebiet einengend; wir sprechen uns daher nur für eine Bebauung an der Castroper Straße aus. Die Fläche „An der Linde“ soll Landschaftsschutzgebiet werden.

Der alte Betriebshof des Friedhofs Wiescherstraße sollte schnellstens geräumt werden. Diese innenstadtnahe Fläche bietet Raum für eine ökologisch hochwertige Bebauung. Die geplante Bebauung in Elpeshof (GS Langforthstraße und Sportplatz Jürgens Hof) sehen wir in Teilen kritisch. Grundsätzlich ist es richtig, die aufgegebene Infrastruktur (Gebäude + Sportplatz) schnell abzureißen und einer neuen Nutzung zuzuführen. Das Vorgehen des FB Planung, ein Pflegeheim vorzuschlagen, ohne dass die eigene Fachverwaltung für die Pflegeplanung beteiligt wird, mutet allerdings seltsam an. Auch sonst ist die Planung mit stellenweise wenig Sorgfalt angefertigt. So fehlt eine abgestimmte Planung für die Aufwertung des Fischergrabens, die je nach Variante viel Baufläche erfordern kann. Auch steht die Fläche im Altlastenkataster; trotzdem wurde keine Bodenuntersuchung angeordnet. Kritisch ist auch das enge Zeitfenster für das Bieterverfahren, was die potentiellen Interessierten eingrenzt und die erzielbaren Erlöse schmälert.

Sofern eine Pflegeeinrichtung errichtet werden sollte, sprechen wir uns für eine in Baustil und Pflege- und Wohnkonzeption modern ausgerichtete Einrichtung aus. Die im Bieterverfahren angestrebte Konzeption als Pflegeheim ist in weiten Teilen veraltet. Wir setzen hier darauf, dass erfahrene Betreiber von sich aus eine heutigen Zeiten angemessene Betriebskonzeption entwickeln.

DAHER WOLLEN WIR

- die NSG Voßnacken und Langeloh flächenmäßig erweitern.
- die Grünfläche hinter der Akademie ökologisch aufwerten und durch die Fläche des Baugebietes „An der Linde“ erweitern.
- das Wäldchen an der Akademie (Henin-Beaumont Straße) erhalten.
- das Parkraumkonzept Sodingen von 2006 fortschreiben und schnell umsetzen.
- von geplanten Baugebiete an der Castroper Str. und An der Linde nur das an der Castroper Str. realisieren.
- das Gebiet des Fischergrabens ökologisch aufwerten und als Stadtteilgrünanlage mit Radweg nutzbar machen.
- die Bauplanung auf den Grundstücken der GS Langforthstraße und Sportplatz Jürgens Hof kritisch begleiten.
- die Fläche des Betriebshofes Friedhof Wiescherstraße ökologisch hochwertig bebauen, z.B. mit einer Solarsiedlung oder mit Passivhäusern.
- entlang der Sodinger Straße zwischen Hölkeskampring und Gysenbergstr einen Radweg bauen.

6. DEMOKRATIE STÄRKEN, VERWALTUNG MODERNISIEREN, ÜBER GRENZEN DENKEN

Eine moderne Stadt lebt von einer aktiven Bürger*innengesellschaft, die die Zukunft aktiv mitgestaltet. Wir wollen Beteiligungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten stärken und so zu einer lebendigen Demokratie vor Ort beitragen. Die Ansprüche der Menschen an eine aktive Mitgestaltung der Stadt verlangen auch von Politik und Verwaltung eine Neuorientierung. Das gesamte Handeln muss umfangreicher und frühzeitiger als bisher begründet und dargelegt werden. Das Denken bis zur Stadtgrenze hat ausgedient. Die Zukunft Hernes liegt in einem starken Ruhrgebiet. Ebenso wenig wie unsere Chancen, machen unsere Werte an der Stadtgrenze halt, deshalb setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten international für einen engagierten Austausch ein – Für Menschenrechte, Fairen Handel und eine weltoffene Stadt.

6.1. MEHR MITBESTIMMUNG - DEMOKRATIE BEGINNT VOR ORT

Die Stadt ist ein Gemeinwesen aller in ihr lebenden Menschen. Sie lebt vom Interesse und dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Wir möchten Bürgerinnen und Bürger ermutigen und ermächtigen sich einzumischen und mitzuentcheiden.

Wir wollen daher die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Bürger*innen stärken und direkte Entscheidungen der Bevölkerungen ermöglichen. Voraussetzung hierfür ist, dass Offenheit und Transparenz beim Handeln von Politik und Verwaltung herrscht. Insbesondere möchten wir die Möglichkeiten, die das Internet bietet, dazu nutzen kommunale Entscheidungen transparenter zu machen und Mitentscheidungsmöglichkeiten zu eröffnen.

DAHER WOLLEN WIR

- bei zentralen Fragen der Stadtpolitik auch eine Ratsinitiative für Entscheidungen durch die Bürger ermöglichen (Bürgerentscheid als Ratsinitiative).
- dass Bürgerbeteiligung nicht nur ein formaler Verwaltungsakt ist, sondern durch neue Formen wie Planungswerkstätten, Workshops, offene Foren usw. zum Mitmachen und Einmischen einlädt. Gerade die Bezirksvertretungen eignen sich hierbei als Ort direkter und zeitnaher Information und Diskussion mit den Bürger*innen.

- Ratssitzungen streamen (also live im Internet übertragen).
- Bürgerinnen und Bürger an Stadtplanungsprozessen aktiv beteiligen.
- die Nutzung onlinebasierter Formate, um Ideen und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern zu Fragen der Kommunalpolitik einzuholen und zu diskutieren.
- ein Projekt zur Aufstellung eines Bürgerhaushaltes, um den Stadthaushalt verständlicher und transparenter zu machen und damit die Voraussetzungen für Bürgerbeteiligung zu stärken.
- eine echte Partizipation im Kinder- und Jugendparlament.
- Einwohnerfragestunden als festen Punkt der Ratssitzungen bekannter machen.
- die Beratung von Beschlüssen und Sitzungsvorlagen in nicht öffentlichen Sitzungen auf das gesetzlich zwingend vorgeschriebene Maß reduzieren.

6.2. VERWALTUNG UND PERSONAL – HERNE MODERN VERWALTEN

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung und in den städtischen Unternehmen tragen an verschiedenen Orten entscheidend zur Leistungsfähigkeit unserer Stadt bei. Dabei ist die Stadtverwaltung weiterhin einem starken Veränderungs- und Einspardruck ausgesetzt. Das alte Bild einer eher statischen Verwaltung trifft heute längst nicht mehr zu. In vielen Teilen der Verwaltung stellen neue gesetzliche Anforderungen oder gesellschaftliche Veränderungen hohe Anforderungen an die Veränderungsbereitschaft und Fähigkeiten der Mitarbeiter. Diese dynamische Veränderung der Verwaltung kann nur gelingen, wenn Schulung und Weiterbildung stärker als bisher als Aufgabe der Personalverwaltung und der Verwaltungsführung wahrgenommen werden.

Viele Probleme des öffentlichen Dienstes sind einer mangelhaften Qualifikation des Führungspersonals geschuldet. Abhilfe kann hier nur durch eine neue Kultur der Öffnung für Erfahrungen aus anderen Verwaltungen oder Unternehmen und die Ausweitung der Weiterbildung geschaffen werden. Ein zentrales Mittel sind offene Ausschreibungen bei der Besetzung von Führungspositionen. Eine andere Möglichkeit ist der – zeitlich begrenzte – Arbeitseinsatz in anderen Verwaltungen.

Zudem setzen wir auch darauf, dass Probleme in der Verwaltung besser als bisher kommuniziert und einer Lösung zugeführt werden. Wir wollen daher wieder einen echten Personalausschuss einrichten, der sich umfassend und ausführlich mit der Personalwirtschaft befassen kann.

Die Vielfalt unserer Stadt muss sich auch in der Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft

niederschlagen. Erste Schritte der Öffnung der Verwaltung beispielsweise für Migranten sind bereits getan. Hier müssen in der Zukunft weitere Initiativen ergriffen werden. Durch den Personalabbau und die begrenzte Neueinstellung und Ausbildung ist der Personalkörper der Stadt in Teilen überaltert. Zwar ist das Problem nicht so gravierend wie in einigen Landes- oder Bundesbehörden, aber es muss die Entwicklung im Auge behalten werden. Wir wollen dies durch eine Ergänzung des bestehenden Personalentwicklungskonzeptes erreichen, in dem der Altersaufbau und die zukünftige Personalentwicklung möglichst scharf nach Aufgabenbereichen dargelegt wird. Bei der Ausbildung wollen wir als Stadt Herne weiterhin eine Vorbildfunktion für Unternehmen einnehmen. In der Region und besonders in Herne wird unterhalb der Bedarfe ausgebildet. Solange es keine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt gibt, wollen wir die Ausbildung bei der Stadt und ihren Gesellschaften erhalten. Das Ausmaß der Übernahme in die Anstellung muss sich aber auch nach dem Personalbedarf der Verwaltung und der Gesellschaften richten. Damit sich die Menschen nach Abschluss der Ausbildung auch auf dem gesamten Arbeitsmarkt bewerben können, soll die Ausbildung möglichst außerhalb der städtischen Verwaltungsausbildung erfolgen.

DAHER FORDERN WIR

das bestehende Personalentwicklungskonzept weiter zu entwickeln,

- einen Personalausschuss einzurichten,
- bei Neueinstellungen und Beförderungen, gerade bei Leitungsfunktionen, möchten wir auf die Bestenauslese achten (Stellenausschreibungen),
- die Mitsprache des Rates bei zentralen Personalentscheidungen
- eine Ausschreibungspflicht für die Besetzung von Geschäftsführer*innenposten in den städtischen Gesellschaften,
- die Bezahlung nach Leistung auszuweiten (unter Beteiligung der Personalräte),
- die offensive interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung (Mitarbeiter*innenstruktur),
- offensive Bemühungen zur Gewinnung von Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund.

6.3. GEMEINSAM STARK - HERNE ALS TEIL EINES VIELFÄLTIGEN RUHRGEBIETES

Der geographische Mittelpunkt des Ruhrgebietes liegt in Röhlinghausen. Damit ist wissenschaftlich erwiesen, dass das Herz des Ruhrgebiets in unserer Stadt liegt. Täglich überschreiten wir die Stadtgrenze, um in unseren Nachbarstädten zu arbeiten, einzukaufen, zu studieren oder die zahlreichen Freizeitangebote zu nutzen. Gerade wir in Herne profitieren dabei von der Vielfalt unserer Region. Das Ruhrgebiet ist dabei für uns mehr als nur eine Ansammlung von Nachbarstädten, es ist unsere Heimat. Gemeinsam bilden wir die größte Stadt Deutschlands und eine der dichtesten Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturlandschaften Europas. Mit einer stolzen Vergangenheit in Kohle und Stahl steckt das Ruhrgebiet heute voll gigantischem Potential.

Dabei liegt der Schlüssel dieser Zukunft in der Zusammenarbeit. Wir möchten deshalb das Kirchturm- und Konkurrenzdenken in den Städten überwinden und mutig neue Schritte der Zusammenarbeit gehen. Gerade in den Bereichen Öffentlicher Nahverkehr, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kultur, Standortmarketing, Universitäten, Forschung und Flächenplanung kämpfen wir für mehr Zusammenarbeit, um so für mehr Wohlstand und Lebensqualität in unserer Region zu sorgen.

Der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) ist dabei eine wichtige Klammer. Deshalb möchten wir ihm mehr Aufgaben übertragen und ihn auch demokratisch stärken. Wir fordern daher die Direktwahl der RVR-Versammlung, als „Ruhrparlament“ statt der bisherigen Ableitung aus den Wahlergebnissen in den einzelnen Städten und Kreisen. Zudem möchten wir auch einen gemeinsamen Ruhrgebietschef bzw. eine -chefin etablieren, der/die ebenfalls direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wird. So würden starke Akteure/innen entstehen, die eine kraftvolle gemeinsame Stimme des Ruhrgebietes bilden.

Aktuell ist das Ruhrgebiet in drei verschiedene Regierungsbezirke zergliedert. Diese Fremdbestimmung aus Arnsberg, Münster und Düsseldorf lehnen wir ab. Wir wollen über uns selbst entscheiden.

Wir wollen von Herne aus unseren Beitrag leisten, das Ruhrgebiet zu stärken. Gerade Hernes Zukunft liegt in einem starken und vielfältigen Ruhrgebiet. In Kooperation und Zusammenarbeit liegen dabei Chancen, die Herne und unserer Heimatregion zu neuer Blüte verhelfen werden.

DAHER WOLLEN WIR

- ein Verkehrskonzept, das die Städte noch leistungsfähiger miteinander verbindet und den Verkehr aufeinander abstimmt. Um diese „Verkehrskonzepte aus einem Guss“ zu erleichtern, möchten wir die HCR in eine gemeinsame Ruhrgebietsverkehrsgesellschaft einbringen.
- Touristik-Highlights städteübergreifend vermarkten: z. B. Zollverein/Mondpalast, Zoom/Cranger Kirmes
- die gemeinsame Erhebung der Gewerbesteuer und Erschließung von Gewerbeflächen. Dies würde den Konkurrenzkampf zu Lasten aller beenden und es beispielsweise unattraktiv machen, Einkaufszentren an die Stadtgrenze zu bauen, um Kaufkraft aus der Nachbarstadt abzuziehen.
- die Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen und dem RVR stärken, um so Effizienzgewinne für alle zu erzielen und Strukturen zu sparen.
- die Direktwahl des Ruhrgebietsparlamentes RVR und des/der „Ruhrgebiets-Chef/in“.
- den Radschnellweg Ruhr vorantreiben und so den Radtourismus im Ruhrgebiet stärken (Kanalzone, Emscherinsel).
- Bildung als zentrales gemeinsames Thema im Ruhrgebiet aufgreifen und entsprechende Kooperationen initiieren (z. B. Ausbildungspakte, gemeinsame Lösungssuche, Bildungsmonitoring Ruhrgebiet, Regionale Schulentwicklungsplanung).
- Wir unterstützen Bestrebungen für einen Masterplan Bildung für das Ruhrgebiet!

6.4. INTERNATIONALES UND STÄDTEPARTNERSCHAFTEN – HERNE WELTWEIT

Herne betreibt als Stadt keine Außenpolitik. Trotzdem möchten wir als Stadt im Herzen Europas Verantwortung übernehmen und für unsere Werte und Überzeugungen eintreten. Unser Einsatz für Menschlichkeit, Toleranz und Vielfalt endet nicht an der Stadtgrenze.

Wir möchten kommunale Möglichkeiten nutzen, um uns vor Ort für diese Werte stark zu machen.

Zentrales Instrument zum Austausch über die Stadtgrenzen hinaus sind die Städtepartnerschaften. Diese ermöglichen einen kulturellen Austausch und bereichern unsere Stadt. Wir möchten diese Arbeit weiter unterstützen und verstärken. Gleichzeitig möchten wir dieses Instrument auch nutzen, um Missstände und Verletzungen unserer Werte in den Partnerstädten offen anzusprechen und uns für Veränderung einzusetzen. Insbesondere die Menschenrechtssituation in unserer Partnerstadt Belgorod in Russland möchten wir thematisieren.

Eine erfolgreiche Initiative in diesem Bereich betrifft den Fairen Handel. Seit Jahren setzen wir GRÜNE uns gemeinsam mit vielen Engagierten und Initiativen für den Fairen Handel ein. 2011 führten diese Bemühungen, gerade auch durch uns GRÜNE dazu, dass wir FairTradeTown wurden. Wir möchten uns auch weiterhin in diesem Bereich engagieren und das Thema weiter voranbringen.

DAHER WOLLEN WIR

- den internationalen Austausch fördern.
- die Stärkung der Städtepartnerschaften, aber auch offene Ansprache von Problemen wie bspw. Menschenrechtsverletzungen.
- die Unterstützung des Fairen Handels.

UNSER TEAM FÜR HERNE



UNSER TEAM, VON LINKS NACH RECHTS:

Wilfried Kohs, Heinz-Werner Hagedorn, Michael Dirks, Ursula Al-Sakkaf, Raoul Roßbach, Susanne Marek, Dorothea Schulte, Thomas Reinke, Tina Jelveh, Nicolas Dombeck, Sabine von der Beck, Maria Reinke

UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE BEZIRKE:

Herne-Mitte: Susanne Gleba, Jürgen Saibic, Rolf Ahrens

Wanne: Wilfried Kohs, Ursula Al-Sakkaf, Reinhard Kordisch

Eickel: Maria Reinke, Evelin Roßbach, Hannelore Krüger

Sodingen: Heinz-Werner Hagedorn, Michael Dirks, Susanne Marek

GRÜNDE FÜR GRÜN

WIR WOLLEN

1. Mehr Familienzentren
2. Führungspositionen nach dem Prinzip der Bestenauslese besetzen
3. Mehr Ganztagschulen
4. Stadtquartiere lebenswert für alle machen
5. Vorfahrt für Fußgänger, Radfahrer, Bus und Bahn
6. Konsequenter Lärmschutz
7. Autonome Jugendzentren stärken
8. Mehr Zusammenarbeit im Ruhrgebiet
9. Freiflächen schützen und ökologisch aufwerten
10. Strom und Wärme klimaschonend und bezahlbar erzeugen
11. Mehr Mitbestimmung für Bürgerinnen und Bürger
12. Vielfalt leben – Diskriminierung bekämpfen

Sie haben Fragen, Anregungen oder Kritik?

Sie möchten uns unterstützen oder direkt mitmachen?

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme:

Bündnis 90 / Die Grünen Herne

Bahnhofstraße 15a • 44623 Herne

Tel. 0 23 23 / 9 51 00 02 • info@gruene-herne.de

www.gruene-herne.de

